

Das „Freie Welt“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Braunes Welt“ und „Der Jugend-Cosmos“. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für den Monat April 24.— Mk., im voraus zahlbar. Auch die Welt bezogen 24.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Baltikum und gegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Baltikum und gegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Baltikum und gegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Baltikum und gegen.

Die gebundene Ausgabe des Monatsheftes oder deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Infanteriensteuer. Kleine Anzeigen: Das feinstgedruckte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Infanteriensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das feinstgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freie Welt

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die ersten Beratungen in Genua

Sitzung der Finanzkommission

Am Mittwoch trat erstmalig die Unterkommission für Finanzfragen zur Beratung zusammen. Der Vorsitzende Sir Robert Horne schlug vor, die Fragen zur Wiederherstellung der Währungen zu behandeln. Für die Fragen des Wechselkurses und des Kredits möge man zwei weitere Unterkombinationen bestimmen. Unter Reichsfinanzminister Hermeß wies darauf hin, daß eine Trennung von Währungsfragen und Wechselkurs der Erledigung Schwierigkeiten bereiten könne. Der Vorsitzende stimmte dem bei und fügte hinzu: Das Auf und Nieder der Währungen verhindern jede kaufmännische Kalkulation und erschwere den Abschluß von Verträgen. Die Sachverständigen seien zu der Auffassung gekommen, daß die Währungen wieder zum Gold zurückgeführt werden müssen. In einer vollständigen Lösung sei die Sache noch nicht reif. Durch das Zusammenstreben der Zentralnotenbanken hoffe man, Grundsätze zur Abhilfe zu finden. Die Federal Reservebank der Vereinigten Staaten müsse mit Rücksicht auf ihren Goldvorrat mitwirken. Von der Zusammenarbeit der Banken erwarte er einen großen Fortschritt.

Ueber die Grundsätze der Londoner Sachverständigenkonferenz führte Minister Hermeß namens der deutschen Delegation aus: Die deutsche Delegation glaube keinem Widerspruch zu begegnen, wenn sie der Ueberzeugung der deutschen Regierung Ausdruck gebe, daß die Handelsverträge aller Länder eng miteinander verknüpft seien.

Man werde deshalb gerade auch bei einer zerrütteten Volkswirtschaft auf die Wirkung nach beiden Seiten bedacht sein müssen. Die Auswirkung nach außen begreife in sich die Zahlungsbilanz, die nach innen die Gestaltung des Etats, welche in untrennbarer Wechselwirkung, weil eine Ausgleichung des Budgets nur dann möglich sei wenn gleichzeitig eine Ausgleichung der Zahlungsbilanz ermöglicht werde. Die deutsche Delegation werde eine Anzahl formulierter Anregungen überreichen, die dazu beitragen könnten, die Materie von diesem Gesichtspunkte aus zu beleuchten.

Der dänische Delegierte Olafskjold legte dar: Für die Staaten mit besonders schlechter Valuta müsse in erster Linie die Wiederaufrichtung der Wirtschaft stehen. Er sei auf Grund des Stabilitäts der österreichischen Währungsverhältnisse zu der Ueberzeugung gekommen, daß es zunächst gelte, eine Währung zu schaffen, bei der die Pflicht zur Einlösung der Noten in Gold gegeben sei. Dabei werde es sich um ein internationales Zahlungsmittel handeln. Die Einlösung könnte dann z. B. in Dollar erfolgen. Entscheidend werde aber sein, daß es den währungsschwachen Ländern gelingt, ihre Handelsbilanz in Ordnung zu bringen.

Der russische Delegierte betonte, daß die Anschauungen des englischen Sachverständigen sich mit den russischen Anschauungen decken. Er gab ein Bild des gegenwärtigen Haushalts der russischen Republik und wies darauf hin, daß zurzeit trotz nahezu astronomischer Zahlen des Budgets dieses zu sechs Siebenteln balancierte. Die militärischen Ausgaben seien vor allem dadurch entsprechend herabgesetzt, daß die Zahl der Soldaten von 5 Millionen auf etwa 1.400.000, die zum Schutz der Grenzen dienen, herabgesetzt worden sei. Die militärischen Ausgaben belasteten aber den Haushalt übermäßig. Ernste Sparmaßnahmen und finanzielle Besserung seien in Rußland im Gange. Rettung erwarte er jedoch nur von einer allgemein fortschreitenden Abklärung. Im einzelnen werde die russische Delegation ihre formulierten Vorschläge überreichen.

Eine Denkschrift der russischen Delegation

Drahtmeldung des „Intel“.

In der heutigen Sitzung der Finanzkommission legte die russische Delegation zu dem der Kommission unterbreiteten Memorandum über die Geldfrage ein Memorandum vor, in dem sie betont, daß die unumgänglich notwendige Stabilität des Geldwertes nur durch eine Verminderung des Notenumlaufes zu erreichen sei. Die ungeheure Vermehrung des Notenumlaufes habe in der unwirtschaftlichen Führung des Staatshaushalts ihren Grund. Trotz dreifacher Verminderung der Produktion gegenüber der Vorkriegszeit seien die Ausgaben für Rüstungen ungeheurer angeschwollen, deshalb seien schwache Länder nicht kreditfähig.

Die russische Delegation hält zur Stabilität der Valuta die Golddeckung für erstrebenswert, es könne aber nicht erwünscht sein, sie heute schon einzuführen, da ihre sofortige Einführung eine übermäßige Haufe zur Folge haben würde. Die russische Delegation schlägt vor, den amerikanischen Dollar oder das englische Pfund Sterling zur Basis der Wechselkurse zu nehmen.

Zum Schluß fordert das russische Memorandum die Kreditgewährung für die wirtschaftlich schwachen Länder, da-

runter für Rußland. Die Anleihen könnten von den Banken der reichen europäischen Länder gewährt werden. Sollten die Banken dazu nicht instande sein, so könnte Amerika einen Teil seiner Geldreserven zur Verfügung stellen.

In seiner Antwort erklärte der englische Delegierte Sir Robert Horne, daß es Rußland wohl freistünde, in seinem Memorandum auf die Kosten der Rüstungen hinzuweisen, daß aber nochmals betont werden müsse, die Delegierten hätten sich an die Beschlüsse von Cannes zu halten, wonach die Frage der Abrüstung auf der Konferenz von Genua nicht zur Diskussion stehe.

Tschischerins Antwort auf das Memorandum

Sonderbericht des „Intel“.

Genua 13. April.

Für morgen wurde die mit großer Spannung erwartete Sitzung der politischen Kommission einberufen, die die Antwort auf das Memorandum der Londoner Sachverständigen erteilen wird. Wie der Sonderberichterstatter des „Intel“ erzählt, wird Tschischerin erklären, daß die russische Delegation bereit sei, das Memorandum in seinen wesentlichsten Punkten als Grundlage der Besprechungen anzunehmen. Allerdings wird Tschischerin entschieden Stellung nehmen gegen jene Punkte, die geclanet wären. Rußland die Rolle einer zweiten Partei zuzuweisen. In den Punkten, die die Selbstständigkeit Rußlands in Frage stellen könnten, wird Tschischerin keine Zugeständnisse machen.

Die Reparationsfrage wird nicht erörtert

Sonderbericht des „Intel“.

Genua 13. April.

Der Untersekretär Lord George, Edward Greel, empfing eine Anzahl von Journalisten, die er über die Ansichten der englischen Delegation bezüglich der Konferenz informierte. Auf die Frage, ob es wahr sei, daß die deutsche Delegation der Konferenz eine Denkschrift über die Reparationsfrage vorlegen wolle, antwortete Greel, daß diese Frage nur Deutschland und die Alliierten betreffe, auf der Konferenz daher nicht diskutiert werden könne. England werde streng darauf achten, daß von keiner Seite ein dahin zielender Versuch unternommen werde.

Ein englisches Anleihe-Memorandum

Genua, 13. April.

Heute vormittag trat die Finanzkommission zusammen, der ein Memorandum der deutschen Delegation über die Finanzfragen vorlag. Wie der Sonderberichterstatter des „Intel“ erzählt, ist die Nachricht der Völkischen Zeitung unrichtig, daß die deutsche Delegation ein Memorandum zur Frage einer internationalen Anleihe unterbreitet hätte. Dagegen erzählt unser Sonderberichterstatter, daß von der englischen Delegation ein solches Memorandum ausgearbeitet wurde.

Frankreich verrennt sich

London, 13. April.

Der Chefredakteur der „Times“, Sieeb, schreibt seinem Blatte aus Genua: Wenn die französischen Delegierten nicht vorsichtig genug sind, so könnte das die Isolierung Frankreichs zur Folge haben. Das Gelingen der Forderung Frankreichs sei bereits mehrmals in den letzten Tagen ausgetauscht, die Franzosen hätten es gelehrt und seien schon davor gewarnt worden.

Poincaré geht nach Genua

London, 13. April.

Lord „Times“ hat die italienische Behörde Anweisungen erhalten, für die Unterbringung Poincarés, der für nächsten Dienstag oder Mittwoch erwartet wird, alle Vorkehrungen zu treffen.

Reparationsberatungen in Genua

In englischen Kreisen ist laut Meldung des „Eh Europe“ die Auffassung verbreitet, daß der Oberste Rat noch vor Ende des Monats in Genua zusammenzutreten werde, um sich aus Anlaß der abtönenden Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Note der Reparationskommission mit den Wiederantwortungen zu beschäftigen.

Die Familie Romanow hat nach einer Mitteilung des in Berlin erscheinenden russischen Blattes „Rebomine“ ein Gerichtsverfahren um das Eigentumsrecht des russischen Reichstagesgebäudes in Berlin angebracht. Es ist jammerlich, daß die Familie des Zaren aller Reußen nicht an dem gleichen Gerichtshof das Eigentumsrecht auf ganz Rußland geltend machen kann.

Hände weg!

Durch das geplante Arbeitszeitgesetz ist die Frage des Achtstundentages wieder stark in den Vordergrund des Interesses gerückt worden. Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hat man sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt und verschiedene Gutachten von Sachverständigen über die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung des Achtstundentages eingeholt. Diese Gutachten sind zum Teil höchst gefährlich, zum Teil können sie zu allerhand bedenklichen Ausdeutungen Anlaß geben.

Gefährlich deshalb, weil, wie es der Rechtssozialist Kaliski zur Freude der „Deutschen Tageszeitung“ getan hat, die Suspendierung des Achtstundentages auf die Dauer von fünf Jahren gefordert wird, was auf die Beseitigung des Achtstundentages überhaupt hinausläuft. Denn man weiß, wie die Arbeiterchaft Deutschlands jahrelang um die Verkürzung der Arbeitszeit und um den Achtstundentag kämpfte und wie sie trotz dieses zähen Ringens nicht in der Lage war, die Durchführung dieser sozialpolitisch so hochwichtigen Forderung allgemein zu erzwingen. Würde jetzt, dem Gutachten Kaliskis gemäß, verfahren und der Achtstundentag auf eine längere Reihe von Jahren suspendiert werden, so wäre dies gleichbedeutend mit neuen langwierigen Kämpfen, deren Ausgang nicht abzusehen wäre.

Spricht sich Kaliski ganz allgemein gegen den Achtstundentag bezw. für seine Suspendierung auf die Dauer von 5 Jahren aus, so suchen andere die gleichen Absichten dadurch zu verbrämen, daß sie einen Unterschied zwischen Arbeitszeit und Arbeitsbereitschaft machen. Mit diesem Köder wollte beispielsweise der Reichsverkehrsminister Gröner für die Verlängerung der Arbeitszeit der Eisenbahner Stimmung machen und selbstverständlich nahm das Unternehmertum diese Parole begierig auf.

Würde diesem Anfinnen stattgegeben, so gäbe es überhaupt keinen Halt mehr. Jedes Gewerbe würde sich auf die Verhältnisse in anderen Gewerbebezirken berufen, und der Achtstundentag wäre gegeben. Ja selbst innerhalb einzelner Betriebe müßte eine derartige Unterscheidung zu den schlimmsten Folgen führen. In Verkaufsstellen gibt es gewisse ruhige Stunden, in denen das Verkaufspersonal wenig in Anspruch genommen wird, während andererseits das Büropersonal dauernd beschäftigt ist. Soll vielleicht die Arbeitszeit des Verkaufspersonals verlängert werden, weil die ruhigen Stunden als Arbeitsbereitschaft zu betrachten sind? Die sichere Folge wäre, daß das Büropersonal unter Hinweis auf die längere Arbeitszeit ihrer Kollegen ebenfalls zu längerer Tätigkeit angehalten würde.

Aber auch in der Industrie wären die Wirkungen ähnliche. Der Dreher einer großen Eisenbahn für den Schiffs- oder Maschinenbau hat nicht ständig manuelle Arbeit, das heißt Arbeit mit den Händen, zu verrichten. Aber er muß seine Drehbank dauernd im Auge halten. Soll vielleicht diese leichere Tätigkeit, die er mit verächtlichen Armen verrichten kann, als Arbeitsbereitschaft angesehen und soll deshalb für den Dreher der Achtstundentag nicht mehr gelten? Auch hier würde die Durchbrechung des Achtstundentages für alle anderen Arbeiterkategorien des gleichen Betriebs von den ähbelsten Folgen sein. Denn der Unternehmer würde erklären, wenn der Dreher mit seiner verantwortungsvollen Arbeit länger als acht Stunden arbeitet, muß es der ungelernete oder der ungelernete Arbeiter erst recht. Das Resultat wäre das von den Unternehmern allein gewünschte und allein beabsichtigte: die Beseitigung des Achtstundentages ganz allgemein.

Gerade darum verdient der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes, der dem Reichswirtschaftsrat vorliegt, die allerhöchste Beachtung der Arbeiterchaft und der gewerkschaftlichen Organisationen. Will es doch eine ganze Reihe von Ausnahmen für die 48-Stundenarbeitswoche schaffen, so in Betrieben, in denen Tag- und Nachtschichten wechseln, bei Arbeiten zur Ueberwachung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandsetzung der Betriebsanlagen, bei Arbeiten zur Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebes, bei außergewöhnlicher Beschäftigung der Arbeiter oder bei Saisonarbeiten usw. Kurz, im Entwurf ist eine solche Fülle von Ausnahmegestimmungen geplant, daß, sollte er Gesetz werden, von dem Achtstundentag in Deutsch-

land nicht mehr die Rede sein könnte. Damit würde eine der wertvollsten Errungenschaften des deutschen Proletariats aus der Zeit der Umwälzung des Jahres 1918 verloren gehen.

Mit der Beseitigung des Achtstundentages würde gleichzeitig die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Denn längere Arbeitszeit bedeutet keineswegs bessere Lohn- und Existenzbedingungen, sondern, wie uns die Erfahrungen hinreichend lehren, schlechtere. Das Unternehmertum und Herr Gröner wollen die Arbeitszeit nicht verlängern, um den Arbeitern höhere Verdienstmöglichkeiten zu sichern, sondern um die Löhne, genau wie bei der Akkordarbeit, herabsetzen zu können. Nur die Privatwirtschaft hat an der Beseitigung des Achtstundentages ein Interesse.

Aus all diesen Gründen müssen die Gewerkschaften und mit ihnen die gesamte Arbeiterschaft schon jetzt mit aller Energie gegen die gekennzeichneten gesetzlichen Pläne Front machen. Keine Rücksichten auf politische Parteien dürfen sie dabei irgendwie beengen. Das sind die deutschen Gewerkschaften auch der Arbeiterschaft im Ausland schuldig. Denn wurden schon die Lohnverhältnisse in Deutschland von den ausländischen Kapitalisten ständig gegen unsere Klassenossen im Ausland ausgespielt, so wird dies erst recht geschehen bei einer gesetzlichen Durchbrechung des Achtstundentages. Der 1. Mai erhält angesichts dieser Bestrebungen der deutschen Kapitalisten erhöhte Bedeutung. Einmütig und wichtig muß der Protest lauten: Hände weg vom Achtstundentag!

Zum Uebertritt von Mandatsinhabern

Die Aufforderung unserer Berliner Parteileitung an die Stadträte Brühl und Schilling, die ihnen von der Partei übertragenen Mandate niederzulegen, veranlassen den „Vorwärts“ und die „Rote Fahne“ zu recht deplazierten Bemerkungen. Sie schreiben, die Abgeordneten der K. A. G. hätten ihre Mandate auch nicht der kommunistischen Partei zur Verfügung gestellt, sondern seien zur U. S. P. D. übergetreten. Das trifft lediglich für Levi zu, während die 10 übrigen Genossen im Juni 1920 von der U. S. P. D. in den Reichstag gewählt worden sind. Die Kommunisten sollten sich zudem erinnern, daß von den 11 Reichstagsabgeordneten Moskauer Obiservanz 8 ebenfalls von der U. S. P. D. gewählt sind, ebenso auch die 4 „wilden“ Kommunisten. Falsch ist der Hinweis des „Vorwärts“ auf die Reichstagsabgeordneten, die 1917 zur U. S. P. D. übertraten. Diese Abgeordneten gingen konform mit ihren Wählern; Ausnahmen bestätigten wie im Falle Levi nur die Regel. Im übrigen hat es praktisch wenig Sinn, über diese Dinge zu streiten, solange keine Handhabe besteht, einen Mandatsinhaber zu zwingen, beim Uebertritt in eine andere Partei sein Mandat niederzulegen. Die neue badische Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921, die am 1. April d. J. in Kraft tritt, sieht in ihrem § 17 einen solchen Zwang vor. Der Paragraph lautet:

Wer die Wählbarkeit verliert oder aus der Partei oder aus der Wählergruppe, auf deren Vorschlag er gewählt wurde, ausscheidet, verliert das ihm übertragene Amt. Die Entscheidung hierüber liegt dem Gemeinderat zu. Seine Entscheidung auf Verluß des Amtes kann nach den Bestimmungen des § 16 Abs. 3 angefochten werden. Die Beschwerde oder Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

Bestünde eine ähnliche Bestimmung in allen Wahlgesetzen, dann würden sich solche Irrungen, wie sie jetzt durch den Uebertritt Brühls und Schillings ausgeworfen worden sind, von selbst erledigen.

Die U S P D. Groß-Leipzigs einstimmig hinter der Parteizentrale

Am Mittwoch, den 12. April, nahm die Leipziger Mitgliedschaft der U S P D. Stellung zu den Meinungsverschiedenheiten über die Politik der Partei, die durch die Berliner Freiheit-Redaktion aufgekommen sind. Der Saal des Zoologischen Gartens, der größte Saal Leipzigs, war fast besetzt. Das Referat hielt der Parteivorsitzende Genosse Dittmann-Berlin. An der Hand des Exposees der Freiheit-Redaktion behandelte er die Fragen: Agitation oder Politik, Steuerpolitik, Koalitionspolitik und Einigungsbestrebungen. Er stellte sich dabei rückhaltlos auf den Boden des Frontkampfes, das der Leipziger Parteitag im Januar dieses Jahres beschlossen hat und bewies an Hand des Stenogramms der von ihm selbst im Auftrage der leitenden Redaktionsstellen auf dem Parteitag zu diesem Manifest gehaltenen Begründungsrede, daß alle jetzt aufgeworfenen tatsächlichen Fragen dort eingehend erörtert worden sind, so daß ihre neuerliche Erörterung nur so idealer Gerechtigkeit halber, als formeller Vorkommnisse der stummen Politik dazu einen Anlaß gegeben haben. In der Diskussion sprach gegen den Referenten der Genosse Bloß, der leitende Redakteur der Leipziger Volkszeitung, der sich bekanntlich in zwei umfangreichen Artikeln auf die Seite der „Freiheit“-Redaktion gestellt hatte. Die Genossen Frenzel und Diebmann, gleichfalls Redakteure der Leipziger Volkszeitung, sowie Genosse Wieders, Parteisekretär für Groß-Leipzig und Genosse Schiller sprachen ganz im Sinne des Referenten. Schon die Stimmung der Versammlung ließ ihre tatsächliche Stellungnahme erkennen. Während dem Genossen Dittmann oft spontan Beifall gezollt und seine Rede am Schluß lebhaft applaudiert wurde, degogener Genosse Bloß eifriger Ablehnung, und am Schluß seiner Ausführungen rührte sich keine Hand. Nach dem Schlußwort des Genossen Dittmann wurde von der mehrtausendköpfigen Versammlung folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 12. April im Zoologischen Garten in Leipzig tagende Mitgliedschaftsversammlung der U S P D. Groß-Leipzigs erklärt, daß sie sich nach wie vor bekennt zu den Beschlüssen des letzten Leipziger Parteitages in dem Sinne, wie sie der Referent, Genosse Dittmann, erläutert hat und wie es im Leipziger Manifest festgelegt worden ist. Die Parteimitgliedschaft kann nicht anerkennen, daß politische Verhältnisse eingetreten sind, die eine Aenderung unserer Stellung zur Steuer, Koalition- und Einigungsfrage bedingten. Die Versammlung erwartet deshalb, daß Parteileitung und Parteiblatt sich nach den Parteibeschlüssen richten.“

Diese einmütige Stellungnahme der Leipziger Parteigenossenschaft, der bestorganisierten der Partei, zeigt klar, daß die Massen der Partei in keiner Weise von dem Skeptizismus und Pessimismus einzelner führender Parteigenossen angefaßt, sondern entschlossen sind, mit Kraft und Begeisterung einzutreten für die Politik, deren Richtlinien die Partei auf ihrem letzten Parteitag festgelegt hat. Die „Rote Fahne“ in der U S P D.“ erfüllt also nur in der Phantasie „guter Fremde“, die Masse der Parteigenossenschaft lächelt darüber und geht ihren geraden Weg unbeirrt weiter.

Auch die U S P. Groß-Dresdens geschlossen hinter den Zentralinstanzen.

Am vergangenen Sonntagabend beschäftigte sich eine Kreismitgliedschaftsversammlung mit dem Freiheit-Konflikt und der in dieser Angelegenheit gefassten Entscheidung der Parteileitung. Als an der Debatte beteiligten Genossen betonten die Notwendigkeit, an den Beschlüssen des Parteitages von Leipzig festzuhalten und ihnen teilweise scharfe Kritik sowohl an der von der alten „Freiheit“-Redaktion vorgelegten Denkschrift wie an der bisherigen Schreibweise dieses Blattes. Wegen eine einzige Stimme gelangte nach reiflicher Aussprache folgende Entschließung zur Annahme:

„Die Kreisversammlung billigt die Entschließung der Zentralinstanzen im Konflikt mit der Freiheit-Redaktion. Es ist eine dringende Pflicht der Parteipresse, sich im Sinne der programmatischen Beschlüsse der Partei an orientieren.“

Diese Entschließung zeigt aufs neue, daß die Mitgliedschaft unserer Partei in einheitlicher Uebereinstimmung hinter der Parteileitung steht, die durch ihre Entscheidung in der Freiheit-Angelegenheit nicht nur ihr Recht, sondern auch ihre Pflicht, über die Haltung der Parteiorgane zu wachen, ausgeübt hat.

Echt „demokratisch“

Demokratische Reichstagsabgeordnete zeigen nach dem Anhme, sich und die Demokratie wieder einmal zu blamieren. Anders ist nämlich ein von ihnen im Reichstag eingebrachter Antrag nicht zu bewerten, wonach dem Paragraph 8 des Reichspressengesetzes die Bestimmung eingefügt werden soll: „Als verantwortliche Redakteure periodischer Druckchriften dürfen nicht Personen bezeichnet werden, die dem Reichstag oder einem Landtag angehören.“

Ganz abgesehen, daß das verantwortliche Zeichnen der Abgeordneten eine gewisse Korrektur gegenüber der von deutschen Staatsanwälten und Richtern geübten Praxis darstellte, ganz nach ihrem Willen Redakteure je nach ihrer Parteizugehörigkeit wegen irgendeiner Kleinigkeit oder wegen einer völlig berechtigten Kritik vor Gericht zu zerren und zu bestrafen, oder aber, sofern sie nationalitätswidrig waren, alles nachzusehen, ist der Antrag der Demokraten auch deshalb ein Unding, weil seine Annahme einer Reihe Abgeordneten die Existenzmöglichkeiten abschneiden oder mindestens erschweren würde. Man denke z. B. an die Herausgeber von Wochenzeitschriften und kleineren Zeitungen. Weiter wäre eine solche Bestimmung ein Ausnahmengesetz für eine bestimmte Kategorie Abgeordnete. Es ist nicht einzusehen, weshalb mit dem gleichen Recht oder Unrecht nicht auch die Inaktivität für rednerisch tätige Abgeordnete aufgedeckt werden sollte. Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein.

Die Kontrollkommission zur Polizeifrage

In der Polizeifrage hat der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission das Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 5. April mit folgender Note vom 10. April beantwortet: „Ich beehre mich, den Empfang des Schreibens vom 5. April zu bestätigen, durch das Gen. Exzellenz zur Kenntnis der Kommission gebracht haben, daß die deutsche Regierung im Namen aller Länder des Reiches sich verpflichtet, für die Reorganisation der Polizei das Prinzip der Rückkehr zur Organisation von 1913 gelten zu lassen. Dieser letztere Ausdruck sagt hinsichtlich der Polizei die Verpflichtung zusammen, die Deutschland zur Ausführung der Vorschriften des Friedensvertrages und der ergänzenden Entscheidungen der alliierten Regierungen obliegen. Er nimmt insbesondere die in der Note vom 22. Juni 1921 (Note von Vauquelin) getroffenen einzelnen Bestimmungen wieder auf. In dieser Note hat der Vorsitzende der Vorkontrollkonferenz klar zum Ausdruck gebracht, daß die Alliierten der Verhängung der alten Polizei, genannt Ordnungspolizei“ zustimmen, deren Bestand sie zugleich von 92.000 auf 150.000 Köpfe brachten. Wie sich aus meinem Schreiben vom 28. März ergibt, müssen die Maßnahmen, welche die Rückkehr zur Organisation von 1913 zum Gegenstand haben, von den Ländern bis zum kommenden 25. Mai erlassen sein. Sie werden die Infraktion einer Reihe von Anordnungen über wichtige Punkte mit sich bringen müssen, an welche die Kommission ausdrücklich am 21. März erinnert hat und hinsichtlich deren es an Vorschlägen der Länder fehlt. Infolgedessen beehre sich die Kommission, darum zu ersuchen, daß ihr diese Vorschläge sobald als möglich unterbreitet werden. Namentlich diejenigen, welche — immer unter Wahrung des allein zugelassenen allgemeinen Rahmens von 1913 — eine Ausdehnung der Verhaftung oder der 1913 vorhandenen Polizeieinheiten zum Gegenstand haben.“

Eine Antwortnote der Reparationskommission

Mehrere Meldungen zufolge beabsichtigt die Reparationskommission in einer neuen Note der deutschen Regierung mitzuteilen, da sie am 31. Mai, an welchem Tage das Moratorium abläuft, feststellen wird, ob der vorläufige Zahlungsausschub zu befrichtigen sei oder nicht. Nach dem Pariser „Matin“ sind die Mitglieder der Reparationskommission sich darüber einig geworden, der deutschen Regierung eine Note zu schicken, worin sie ihre Unzufriedenheit über die kategorische Ablehnung der deutschen Regierung ausdrücken und sie einzuladen, bis zum 31. Mai noch einmal über die Sache nachzudenken. Europe steht fraglos auf dem Standpunkt, daß Deutschland bis zum 31. Mai ein provisorisches Moratorium gewährt werde. Deshalb sollen vorher keinerlei Zwangsmassnahmen gegen Deutschland angewandt werden. Sobald der Beschluß gefaßt sein werde, daß Deutschland bis zum 31. Mai eine Zahlungspause haben solle, werde die Kommission mit dem Antrag hervortreten, daß Deutschland am 15. April 15 Millionen Goldmark und am 15. Mai 30 Millionen Goldmark zu entrichten habe.

Eine „Aktion“

Die Deutschnationale kommunistische Arbeiter aufstehen.

Ueber die eigenartige Rolle, die gewisse deutschnationale Spiegel und Provokateure bei kommunistischen Aktionen spielten, liegen zahlreiche Beweise vor. Sowohl bei den verschiedenen „Kämpfen“, die die Ausrufung von „Republik“ zum Ziele hatten, wie in Weibert (Rheinl.), Röhren usw., als auch bei Bombenanschlägen und Demonstrationen stellte sich nachträglich heraus, daß die durch die kommunistische Agitation irreführenden Arbeiter nationalitätlichen Provokateuren nur allzu willig ins Garn liefen und diese ihre Leichtgläubigkeit und Hemmungslosigkeit nachträglich schwer büßen mußten. Ein neuer Fall ähnlicher Art wird aus Güstrow gemeldet, wo sich eine Anzahl Kommunisten wegen eines Zusammenstoßes mit der Polizei in Rostock bei einer kommunistischen Demonstration vor dem Güstrower Schwurgericht zu verantworten hatten.

Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ trat ein Deutschnationaler namens Hansen, ein Angestellter der deutschnationalen „Mecklenburger Partei“, des Organs des Herrn von Gräfe, als Zeuge auf. Seine Vernehmung gestaltete sich folgendermaßen:

Vorsitzender: Haben Sie zu Jungbluth (einen kommunistischen Führer, Red. d. „V.“) gesagt, er solle nicht nur Worte machen, sondern endlich Taten begehren. Hansen (schweigt) und sagt nach langen Ermahnungen: Ich möchte weder Ja noch Nein sagen.

Vorsitzender: Haben Sie in die erregte Menge gerufen: Laßt euch durch Jungbluth nicht bremsen! Handelt!

Hansen (nach langem Schweigen): Es kann möglich sein!

Vorsitzender: Haben Sie das wahrheitswidrige Gerücht verbreitet, Markgraf sei verhaftet?

Hansen (abgernd): Es ist möglich.

Vorsitzender: Waren Sie darüber klar, daß Sie mit dieser unwahren Bemerkung die Menge auf das höchste erregten und zu Unbesonnenheiten aufreizen konnten?

Hansen: Ich habe es mir wohl nicht recht überlegt.

Vorsitzender: Hatten Sie von bestimmten rechtlichstehenden Kreisen den Auftrag, sich in dieser Weise zu betätigen?

Hansen: Ich kann mich nicht mehr recht erinnern.

Verteidiger: Sie waren damals Faktor der deutschnationalen „Mecklenburger Partei“?

Hansen: Ja.

Verteidiger: Das genügt mir.

Die Angeklagten konnten im vorliegenden Falle von Glück sagen, denn mit zwei Ausnahmen wurden sie freigesprochen, und auch die Strafen der beiden schuldig Befundenen waren unerheblich. Zur Sache selbst ist indessen zu bemerken, daß die Provokateur-Tätigkeit dieses und anderer Herren die Schuld der kommunistischen Partei nicht mindert, die jede Demonstration zu einer Aktion steigern will und damit über die ihr folgenden Arbeiter Unglück bringt. Ohne die kommunistische allgemeine Form der Agitation wäre die Liebeswaise solcher Provokateure eine vergebliche.

Die Konzeptionschulzen Radek und Bucharin

Radek und Bucharin haben sich bei der kürzlich internationalen Konferenz in Berlin als Konzeptionschulzen erwiesen. So wenigstens beurteilt Lenin ihr Verhalten. In der „Pravda“ schreibt er nämlich:

Meiner Meinung nach haben unsere Delegierten nicht richtig gehandelt, als sie sich mit folgenden Bedingungen einverstanden erklärten: 1. Daß die Sowjetmacht in der Angelegenheit der 47 Sozialrevolutionäre kein Todesurteil fällen. 2. Daß sie den Vertretern der drei Internationalen gelassen werde, den Gerichtsverhandlungen beizuwohnen. Diese Bedingungen sind nichts anderes als eine politische Konzession. Die kommunistische Internationale, die hier als Kämpfer auftritt, hat der gegnerischen Seite, der reaktionären Bourgeoisie, ein politisches Zugeständnis gemacht. Alle wissen es, außer denen, die es nicht wissen wollen, daß die Sozialrevolutionäre auf die Kommunisten geschossen und Aufstände gegen sie inszeniert haben. Es frage sich nun, was die internationale Bourgeoisie uns für Zugeständnisse macht. Hier kann die Antwort nur lauten, daß kein einziges Zugeständnis gemacht wurde. Was für Schlussfolgerungen muß man daraus ziehen? Meiner Meinung nach haben Radek, Bucharin und die anderen, die die kommunistische Internationale vertreten, nicht richtig gehandelt, da sie Zugeständnisse machten, ohne sich Gegenleistungen zu sichern. Daraus folgt aber nicht, daß wir das von ihnen unterzeichnete Uebereinkommen zerreißen sollen. Diese Schlussfolgerung wäre nicht richtig. Wir müssen voranziehen, die Lehre ziehen, daß die bürgerlichen Diplomaten sich diesmal geschickter erwiesen als unsere Diplomaten und daß wir künftig geschickter manövrieren und handeln müssen. Wir müssen uns zur Regel machen, der internationalen Bourgeoisie keine Zugeständnisse zu machen, wenn sie Sowjetrußland und dem Proletariat anderer Länder keine gleichwertigen Zugeständnisse macht.“

Auf der Berliner Konferenz predigen Radek und Bucharin die Einheitsfront zwischen der Zweiten Internationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft und der Moskauer Internationale, und Lenin findet es für zweckmäßig, die für eine solche Einheitsfront würdigen nichtkommunistischen Parteien als reaktionäre Bourgeoisie zu bezeichnen. Selbst für Moskau ist diese Leistung allerhöchste.

Für Schwarzrotgold

Während die nationalitätlichen Kreise in Deutschland sich in der häufigen Beschimpfung der Schwarzrotgoldenen „Judenfahne“ üben, schwärmen die ihnen gesinnungswidrigen Alideutschen Deutscherlands für diese Farben. So sagte ein Dr. Posthumer in einem Vortrag auf einer Tagung der Ordnungsgemeinschaft des Alideutschen Bundes, die Schwarzrotgoldene Fahne sei mit dem Bombardement (im Jahre 1892, D. Red.) die Fahne des gesamten deutschen Staates im Gegensatz zu den Fahnen der verschiedenen Einzelstaaten gewesen. — Ob nun die Deutschnationalen ihren Freunden in Österreich die bisher reichlich gespendeten Geldzuweisungen sperren werden?

Die Zerfrümmerung des Streikrechts der Beamten

Das „Potsdamer Nachrichten-Büro“ (Mauscher) bringt folgenden überaus wichtigen, aber in einigen Teilen, wie es scheint, stark gefährlichen Bericht heraus:

Als erster aller deutschen Gerichtshöfe befaßte sich am Donnerstag die Potsdamer Reichsdiskretionskammer unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten **W i n n e r** mit der Frage, ob ein Beamter berechtigt sei, das Streikrecht in Anspruch zu nehmen. Den Anlaß dazu bot die Verhandlung gegen den 40-jährigen Eisenbahnbetriebsassistenten **Max Rosenthal** aus Berlin. Der Tatbestand der Anschuldigung erstreckt sich auf die Zeit heftigster Erregung während des Eisenbahnerstreiks im Februar d. J. Die Anschuldigungsschrift wirft Rosenthal vor, bei Ausbruch und Fortführung des Streiks in hervorragender Weise mitgewirkt zu haben, wodurch sich der Angeklagte gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar d. J. vergangen habe.

Rosenthal war bei der Güterabfertigung auf dem Anhalter Bahnhof tätig und zum ersten Vorsitzenden der Beamtenschaft des Anhalter Bahnhofs ernannt. Seine rednerische Befähigung verschaffte ihm großen Einfluß in der Beamtenschaft. Früher ein Gegner des Vorgehens der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Kandidat, schloß er sich Anfang Januar zum Beitritt und nahm gleich den Standpunkt ein, daß der Beamtenschaft zur Durchführung ihrer Forderungen das Streikrecht zustünde. Bei Ausbruch des Streiks leitete er sofort der Streikparole Folge, hielt Reden in Fachgewerkschaftsversammlungen und entrißte sich über den Verkehr von Lebensmitteln und Ententezügen, da er sich von der völligen Stilllegung des Eisenbahnerverkehrs und der Einstellung der Ententezüge Schwierigkeiten versprach, die zum Sturz der Regierung führen mußten. Für sein ausmunterndes Wirken zur Fortführung des Streiks schwebte ihm als Ziel die Ausdehnung der Bewegung in einem allgemeinen politischen Streik vor.

Die Anschuldigungsschrift stellt fünf verschiedene Tatbestände gegen Rosenthal fest: Zuerst sein Hervortreten als Redner für den Streik in der Fachgewerkschaft in der Möckernstraße, dann sein Eintreten für die völlige Stilllegung des Güterverkehrs, ferner seine Aufmunterung zur Fortführung des Streiks und dann als Sonderfälle ein Gespräch mit dem Führer des Wannseebahnhofs, der während des Streiks auf seinem Posten geblieben und von Rosenthal mit der Bemerkung abgetan worden war: „Laßt doch euren Inspektor oder Oberst selbst den Dienst versehen“ und endlich die von ihm einigen Beamten, die ihren Dienst wieder aufnehmen wollten, erwiesene Mißachtung.

Das Verfahren wurde auf Antrag des Reichsverkehrsministers eingeleitet. In der vom Vorsitzenden mit nustermäßiger Sachlichkeit geführten Verhandlung bekannte sich Rosenthal als Verfechter des Streikprinzips für die Beamten und hielt an dem Koalitionsrecht der Beamten fest. Der Vertreter der Anschuldigung, Regierungsrat **B r a u n** aus Berlin, charakterisierte den Angeklagten als Streikführer und überlegten Agitator, dem von vornherein die Folgen des Streiks klar sein mußten. Er beantragte als härtestes Strafmaß Dienstentlassung ohne Pension und betonte ausdrücklich, daß die Potsdamer Entscheidung den Streikbegriff ein für allemal aus der Beamtenschaft ausmerzen müsse!

Der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat **S o n n e n s e l d** (Berlin), Syndikus der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, sah in dem Verfahren den Versuch einer geistigen Knebelung der Beamtenschaft. Er beantragte, das Verhalten Rosenthals mit einer Verwarnung zu ahnden. Mit scharfen Worten begründete der Vorsitzende das auf Dienstentlassung lautende Urteil, in welchem dem Angeklagten drei Viertel der Pension auf ein Jahr zugesprochen wird. Er unterstrich, daß der Angeklagte bei seinen Fähigkeiten und seinem Einfluß auf die Beamtenschaft eine Gefahr bedeuete und sich nicht in Zweifel über die Verantwortung seines Verhaltens, durch das das Wirtschaftsleben schwer geschädigt worden sei, besunden habe.

Soweit der Bericht.

Die „Disziplinarkammer“, die dieses Urteil fällt, ist ein Ueberbleibsel aus der „alten alten Zeit“. Die gleichen Richter, die früher darüber wachten, daß jede Verordnung, die den Namen „Billigkeits II.“ als Unterschrift trug, sorgfältig beachtet werde, hüten und schützen jetzt **C e r t s** Antikretz- und sonstige Erlasse!

Im Falle Rosenthal mag Potsdam das letzte Wort gesprochen haben. Zur Frage des Beamtenstreikrechts jedoch werden die Beamten selber und die vom Potsdamer Geist nicht erfahnten Volksvertreter angesichts dieses Schreckensurteils wohl auch noch ein paar Wörtchen mitzureden haben.

Wie Bayern das Brot verbilligt

Aus München wird gemeldet, daß die bayerische Regierung zur Erleichterung der Lebenshaltung 1800 Waggons Brotmehl, 7117 Waggons Roggenmehl und verbilligte Kartoffeln verteilen will und zu diesem Zwecke über 200 Millionen M. angelegt hat. Diese Verbilligungsaktion ist ganz gut und nett, aber die bayerische Regierung hat nicht vielleicht auf die landwirtschaftlichen Preise gedrückt, sondern sie zahlt den Landwirten die von ihnen geforderten hohen Preise und entnimmt dazu das Geld aus dem Staatskäse. Es ist aber weniger eine Aktion zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung, als vielmehr zugunsten der raffgierigen Agrarier.

Münchener Justiz

Die Methoden der bayerischen Justiz treten bei der Art der Untersuchung des ermordeten **Kessners** Hartung, dessen Leiche am 3. April 1921 mit Steinen beschwert in der **Salam** aufgefunden wurde, wieder besonders kraß in Erscheinung. Zur Aufklärung dieses Mordes, an dem die bayerische Reaktion hervorragend beteiligt war, werden nicht, wie man annehmen sollte, diejenigen vernommen, die etwas wissen und die Mordaffäre auflären könnten, sondern **Bankern**, **Knechte** und **Räuber**, die keine Ahnung von den Zusammenhängen haben. Deshalb richtet unser Münchener **Bruderkreis** „Morgenpost“ an den Untersuchungsrichter eine Reihe Fragen. So wünscht sie zu wissen, ob der Untersuchungsrichter verschiedene Herren befragt hat, die kurz vor der Ermordung Hartungs, die Stelle begangen haben, an der

die Leiche gefunden ward und sich hierbei vergewisserten, wo das Wasser seicht und tief war. Das Blatt nennt als solche Interessenten die Herren **Dr. Berger**, **Dr. Wanderer** und **Sorens**, die es auch in Verbindung mit Waffensendungen nach **Zusmarshausen** kurz vor der Mordtat bringt. Schließlich fragt es den Untersuchungsrichter, ob er weiß, daß der bei der Sektion der Leiche Sektionsarzt zugezogene **Dr. Berger** sich ungefähr äußerte: „Die Leiche hat noch eine Gänsehaut, sie kann erst einen Tag im Wasser gelegen haben.“

Natürlich wird der Untersuchungsrichter all diese Dinge nicht wissen. Und für diesen Fall kündigt die „Morgenpost“ an, ständiger sein zu müssen als es der Untersuchungsrichter bisher gewesen ist.

Das Kommunalisierungsgespenst

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nummer 175 vom 18. April) zieht ein **Herr G. Haug**, ein „Wirklicher Geheimrat“ gegen Sozialisierung und Kommunalisierung zu Felde. Er meint, man hätte mit der Sozialisierungskommission gleich Schluß machen sollen. Sie hätte — wie schrecklich — die gesamte Erzeugung und den Vertrieb von Lebensmitteln dem beliebigen Zugriff kommunalisierungswilliger Stadtparlamente hemmungslos preisgeben wollen. Der Wirkliche Geheimrat macht darauf aufmerksam, daß ein Gesetzentwurf über die Kommunalisierung ausgearbeitet worden ist und irgendwo in den Akten der Ministerien oder des Reichsrates bereit liegt, um jeden Augenblick, je nach der politischen Konjunktur, zur parlamentarischen Behandlung gestellt zu werden.

Diesem „Zustand der Unsicherheit“ soll ein Ende gemacht werden, da nach der Meinung des Wirklichen Geheimen Rates schon das Kommunalisierungsgespenst Schaden genug gestiftet habe. Es müsse endgültig im Orkus verschwinden.

Die Unternehmerinteressen werden hier in der rückfälligen Weise vertreten. Man weiß, daß nach einer umfassenden Kommunalisierung vielen Unternehmern hohe Profite verloren gehen, und deshalb wird bereits gegen das „Gespenst“ Sturm gelaufen. Wo mit der Kommunalisierung begonnen worden ist, liegen gute Resultate vor. Städte, die zur Regiearbeit übergegangen sind, haben heute schon hohe Ersparnisse erzielt, was selbst bürgerliche Kommunalpolitiker und Verwaltungsbeamte haben eingesehen müssen. Und das Finanzgeld wird immer mehr Gemeinden zuzuführen, diese Bahn zu betreten, sie können nicht dem Unternehmertum Millionengewinne an den Hals werfen, so gern das auch manche der alten Kommunalbürokraten tun möchten. Andererseits sind auch wieder die Kommunen, wenn sie zur Kommunalisierung schreiten, immer noch zum Teil dem kapitalistischen Buhner ausgesetzt, weil eine Menge Rohstoffe, die sie brauchen, in privatkapitalistischen Händen sind. Heute ist es so, daß zum Beispiel die Städte, die zur Regiearbeit übergegangen sind, haben heute bekommen können. Die privatkapitalistischen Betriebe werden zuerst beliefert. Es muß also im Interesse der Gemeinden erst recht sozialisiert und kommunalisiert werden.

Besonders verhaßt ist dem Wirklichen Geheimen Rat, der Stinnespolitik betreibt, die kommunale Lebensmittelversorgung. Sie war während des Krieges gewiß mangelhaft, weil alle Bestrebungen, die Ernährungswirtschaft auf eine gemeinnützige Grundlage zu stellen, scheiterten. Die jetzige freie Wirtschaft aber hat erst dem ungeheuren Buhner freie Bahn verschafft. Noch jetzt sind Reste der kommunalen Lebensmittelversorgung vorhanden. Es wird zum Beispiel von Zeit zu Zeit abgegeben. Man vergleiche die Preise dieses Mehls, das die Kommunen eingekauft haben und die Preise des Mehls, das im freien Handel zu haben ist. Der Unterschied ist groß. Das kommunale Mehl kann viel billiger abgegeben werden, weil es der kapitalistischen Spekulation entzogen worden ist. Deshalb wollen auch die Unternehmer die Kommunalisierung und Sozialisierung nicht. Sie gefährden ihre Profitinteressen und daher wird bereits vor ihrem Gespenst gewarnt. Und ein Wirklicher Geheimrat gibt sich dazu her, die Unternehmerinteressen in der Presse zu vertreten.

Die Rechts- und Verordnungsverhältnisse der Schutzpolizeibeamten

Dem preussischen Staatsrat liegt ein Entwurf des preussischen Schutzpolizeibeamtengesetzes, der die gesamten Rechts- und Verordnungsverhältnisse der Schutzpolizeibeamten regelt. Nach den amtlichen Mitteilungen, die den „P. N.“ zugegangen sind, sollen die Schutzpolizeibeamten in das für alle Staatsbeamten geltende Recht eingegliedert werden, soweit im einzelnen die besonderen Verhältnisse nicht abweichende Bestimmungen notwendig machen. Schon beim Eintritt wird der zwanzigjährige Kandidat mit seiner Verpflichtung zu 12-jähriger Dienstzeit zum unmittelbaren Staatsbeamten. Die Voraussetzungen, unter denen Kündigungen oder Entlassungen während der Pflichtdienstzeit erfolgen können, sind im Gesetz vorgeschrieben. Der Beamte selbst kann in besonders begründeten Fällen seine Entlassung beantragen. Nach Ablauf der 12-jährigen Dienstzeit bleiben die Polizeiwachmeister in der Regel aus der Schutzpolizei aus. Die Möglichkeit einer späteren lebenslänglichen Verwendung auch im Volkswachdienst der Schutzpolizei wird durch den Abs. 2 des § 1 gegeben. Die Verordnungsverhältnisse der Schutzpolizeibeamten ist im wesentlichen dem für die Wehrmacht geltenden Vorschriften nachgebildet. Bei 18-jähriger Dienstzeit kann eine Pensionierung wie bei Polizeioffizieren erfolgen. Bei jeder Art von Dienstbeschädigung werden anherdem noch die Vorschriften des Reichsverordnungsverhältnisses mit Renten, Heilbehandlung, Pflegezulagen, Krankengeld, Berufsausbildung, Hinterbliebenenrenten ergänzend in Kraft gesetzt. Die Verordnungsverhältnisse der Hinterbliebenen ist nach denselben Grundlagen aufgebaut.

Theaterzensur!

Drei Tage nach Ausbruch der November-Revolution verkündeten die Volksbeauftragten mit Gesetzeskraft unter anderem: „Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.“ Das Reichsgericht hat in seinen Entscheidungen die Dekrete der Volksbeauftragten als rechtsgültig angesehen. Man glaubte, es bestünde keine Theaterzensur mehr, und die Behörden haben sich nach der

Revolution auch auf den Boden dieser Tatsache gestellt. Doch eine vor kurzem von dem Preussischen Oberverwaltungsgericht gefällte Entscheidung läßt die Zensur ausdrücklich weiter bestehen, indem sie den Disziplinärbehörden das Recht überträgt, die öffentliche Aufführung eines Theaterstückes aus ordnungs- und sittenpolizeilichen Gründen zu verbieten. Damit versucht man also die Theaterzensur „von hinten herum“ wieder einzuführen, ein Verfahren, gegen das wir den härtesten Protest erheben. Man verschone uns mit allen Zensurmaßnahmen.

Zum Arbeitszeitgesetz bei der Eisenbahn

In den letzten Tagen fanden zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Spitzenverbänden der Eisenbahner Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz statt, die am Donnerstag vormittag zu einer teilweisen Einigung führten. Strittig ist nur die Frage über die Zulässigkeit der Dienstpflichten bis zu 10 Stunden bei schwerem und bis zu 12 Stunden bei leichterem Dienst. Unter Umständen soll sogar noch eine längere Arbeitszeit in Frage kommen. Ebenso strittig ist die Entscheidung darüber, ob ausschließlich die Dienststelle der Eisenbahn oder nur nach vorheriger Verständigung mit den Personalvertretungen eine längere Dienstpflicht dekretieren darf. Die Gewerkschaften sehen auf dem Standpunkt, daß auf jeden Fall die Vertreter des Personals zu solchen Maßnahmen herangezogen und gehört werden müssen. Ueber die letzteren Streitfragen finden noch Verhandlungen statt. Eine vollständige Einigung kann erst dann erzielt und die Einführung des Arbeitszeitgesetzes bei der Eisenbahn durchgeführt werden, wenn die letzte Streitfrage eine Klärung findet. Scheitert dieser Versuch, dann dürfte die endgültige Entscheidung dem Reichstag vorbehalten bleiben.

Verständigung mit Polen.

Genf, 18. April.

Vom Sonderberichterstatter des VTB. nach der gestern eingetretenen Wendung in den deutsch-polnischen Verhandlungen ist heute in der Liquidationsfrage eine Einigung zwischen den deutschen und den polnischen Bevollmächtigten zustande gekommen, so daß in der letzten Stunde der Schiedsspruch des Präsidenten Calonder vermieden werden konnte. In einer langen Sitzung die Nacht hindurch gelang es, schließlich eine endgültige Einigung über den Text herbeizuführen. Bis in die Morgenstunden oder dauerte der Kampf um die volle Verfügungsfreiheit der Großindustrie während der 15-jährigen Karezzeit, die die Polen um jeden Preis einschränken wollten, während die Deutschen zähe an der Forderung nach voller Freistellung festhielten, sowie auch die von Deutschland geforderte Befreiung der Bohnenfabrikanten von der Liquidation ihres Grundbesitzes. Da sich der deutsche Standpunkt in diesen Fragen völlig durchsetzte, konnten kurz vor 5 Uhr morgens die Verhandlungen in der Liquidationsfrage als abgeschlossen gelten. Heute nachmittag wurde dann der Text über die Liquidation von den beiden Bevollmächtigten unterzeichnet, worauf in der öffentlichen Sitzung, in der ursprünglich der Schiedsspruch mitgeteilt werden sollte, Präsident Calonder mit sichtlichem Verdrüß die trotz aller Schwierigkeiten erzielte direkte Einigung zwischen Deutschen und Polen verkündete.

Der Kredit an Oesterreich überwiesen

Wien, 18. April.

Wie die Blätter mitteilen, wurde der von England gewährte Vorkredit von zwei Millionen Pfund Sterling flüssig gemacht und ein großer Teil des Betrages den österreichischen Devisenzentralen zur Verfügung gestellt.

Die 18 Millionen Goldmark gezahlt

Paris, 18. April.

Nach dem „Temps“ hat die deutsche Regierung heute der Reparationskommission mitteilen lassen, daß sie die Zahlung von 18 051 079 Goldmark geleistet habe, die für den 15. April im Moratoriumplane vorgesehen war.

Die Handelsbeziehungen mit der Ukraine. In Berlin wurde ein Verwaltungsapparat geschaffen, der die direkte Beirung über die Lebensmittel- und Getreideimporte der Ukraine im Auslande ausüben soll. Die Verhandlungen über die Gründung einer deutsch-ukrainischen Exportgesellschaft für Metalle sind abgeschlossen worden. Jetzt werden die Verhandlungen geführt über die Gründung einer Aktiengesellschaft, welche die Ukraine mit landwirtschaftlichen Maschinen und technischen Bedarfsartikeln beliefern soll. In der nächsten Zeit wird eine deutsch-ukrainische Transportgesellschaft ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Befahrungskosten für Danzig. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat der Vorkonferenz eine Protokolle gegen die internationalisierte Forderung bezüglich der Befahrungskosten Frankreichs und Englands überreicht. Diese Kosten betragen sich auf 400 Millionen Francs.

Inkrafttreten neuer Zenergesetze. Der Reichsminister der Finanzen hat bestimmt, daß die neuen Bestimmungen des Handwarenenergiegesetzes und des Gesetzes über die Erhöhung von Verbrauchsteuern mit dem 1. Mai 1922 in Kraft treten.

Neue Erhöhung der Gütertarife. Am 1. Mai werden die Güter-, Tier- und Exporttarife abermals um 20 Proz. erhöht werden. Von einer abermaligen Erhöhung des Personentarifs wird Abstand genommen, wenigstens meldet es die **Del-Union**.

Direkte Eisenbahnverbindung zwischen Deutschland und Rußland. Die direkte Eisenbahnverbindung mit Sowjetrußland über **Adinsberg-Danabura** ist wieder hergestellt worden.

Der Nord an Leutnant Grass. Wie berichtet wird, bezweckt der von dem deutschen Geschäftsträger gestern bei dem Vertreter des belgischen Ministers des Innern unterzeichnete Schritt, die Aufklärung des unter dem Verdacht der Mordtat an der Ermordung des Leutnants Grass verhafteten **Hobis** an die Reichsbehörden zu fordern. Nach Ansicht der deutschen Regierung müßte **Hobis**, da der Nord auf deutschem Gebiet verhaftet sei, vor die deutschen Gerichte gebracht werden.

Schwere Unruhen in Damaskus. Die die „Times“ aus **Kairo** erfahren, sind in Damaskus schwere Unruhen ausgebrochen. Der Innenminister des Großen Libanon, **Asad Bey**, ist ermordet worden.

Ein Druckfehler ist in dem Vortitel der gestrigen Nummer „Rück zum Kampfe“ enthalten. Zweimal ist die Rede von fremder Demokratie. Es muß natürlich heißen: formale Demokratie.

Die starke Nachfrage



nach unseren Sonderangebotswaren beweist
die Preiswürdigkeit unserer Angebote. Für die Güte unserer Waren finden wir den besten Beweis in der Treue unserer Kundschaft.

Kinder-Stiefel
schwarz, mit guten Kernledersohlen.
Größe 25/26 119,-, Größe 25/24

Kinder-Stiefel
prima Rindbox, vorzügliche
Qualität Größe 27-30

Damen-Schnürschuhe
braun Glanzziege, elegante, mo-
derne Ausführung

Kinder-Stiefel braun
Ziegenleder, gediegene Ver-
arbeitung. Größe 27/28 129,-
Gr. 25,26 140,-, Gr. 23/24

Damen - Halbschuhe
prima R.-Chevr., mit Lackkappe,
moderne runde Form, hoher
Absatz, sehr preiswert

Herren-Stiefel
farbig Rindbox, gute Pass-
form, nur solange der
Vorrat reicht.....

Beiser

Gewerkschaftshaus SO. 16, Engelufer 25
Oekonom M. Schöder
Fernsprecher: Moritzplatz 8641

An beiden Osterfeiertagen
Konzert, Gesang

Anerkannt vorzügl. Küche,
gut gepflegte Biere

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr:
Heber unsere Kraft I.

Neues Volkstheater
Köpenicker Straße 65
7 1/2 Uhr:
Persephone

Staats-Theater
Opernhaus
5 Uhr:
Parasit

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Tarquato Tasso

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Cyrano von Bergerac

Kammer-spiele
7 1/2 Uhr:
Der Meister

Großes Schauspielhaus
8 Uhr:
Dantons Tod

Theater i. d. Königsgräber Str.:
Beute, Karfreitag, 30
Die wunderlichen
Geschichten des
Kapellmeisters Kresler

Komödienhaus:
Beute, Geschlossen
10 1/2 Uhr:
Gretchen
Erika Glässner
R. A. Roberts

Berliner Theater
Gauspiel, W. Bromme
Beute, geschlossen
Morgen Premiere:
7 Uhr: Madame Pitti

Kasino-Theater
heute geschl. Ab Morgen
Der Helle aus Afrika.

ROTTER-BÜHNEN
Täglich 7 1/2 Uhr:
Trianon Theater
Lady W. Andersons Fächer
Kleines Theater
Die Freundin
Residenz-Theater
Das Frau ohne Bedingung

Theater
am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:
Die Ehe im Kreis

Theater des Ostens
(K. 10-Theater)
7 1/2 Uhr:
Beirat auf Probe

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr:
Kinde: tragödie

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Johannistag

Apollontheater
Friedrichstr. 218
8 Uhr:
„Venus auf Erden“
Vorber: Große Varietè-
Attraktionen.

Theat. a. Kottb. Tor
Z. d. Straße 10077
8 Uhr, 7 1/2 Uhr,
8 1/2, nachm. 3 U.
Ellie-Sänger

Theat. a. Kottb. Tor
Z. d. Straße 10077
8 Uhr, 7 1/2 Uhr,
8 1/2, nachm. 3 U.
Ellie-Sänger

Musiker
für alle Gelegenheiten
sind die Orchesterabteilung
des Deutschen Musik-
Verbandes, Ruffer 200,
Eilm.-Str. 31, Rad. 988.

Berliner Theater

7 Uhr Gastspielführung Walter Bromme 7 Uhr
Oster-Sonntag, d. 15. April: Premiere
Hilde Wörner
in
Madame Flirt
Operette von Walter Bromme
Carl Bachmann aus Wien a. G.
Ferry Sikla Louisi Tiersch
Olga Engl / L. Kalliger / A. Scherzer
F. Degener
Musikalische Leitung: Dr. Grzyb
Tänze: G. Blanvalet Ballett: 30 Damen
Vorverkauf an Kasin v. 10-7 auch für Feste

Garderobe
auf bequemste
Teilzahlung
bei billigster Preisberechnung
HERREN - DAMEN -
Anzüge, Cutaways Paletots, Kostüme
Paletots, Ulster Röcke, Kleider
REGENMÄNTEL
BURSCHEN-ANZÜGE
Gute Ware! Große Auswahl!
M. Beiser, Lothringerstr. 67

Für Mieter unentbehrlich.
Reichsmietengesetz
mit
Kommentar
Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim
und Dr. Paul Berg, Rätgl. des Reichstages
Preis 10 Mark.
Soeben erschienen! Man bestelle sofort bei
der Buchhandlung „Freiheit“ Breitestr. 8-9

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefern
ich in Qualität und Preisen
einzig dastehende
Trauringe
1 Ring, Dukatragnold von 250.- an
1 Ring, 58: ostempol, v. 200.- an
1 Ring, 333 gestempelt, v. 100.- an
Garantieschein für gesetzl. Goldinhalt.
Ausführlicher Katalog gratis!
H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahnhof Friedrichstr., 1 Min. v. Wiltens-Pl., Nähe Zoo.
Telephon: Norden 1630. — Handelsgerichtl. eingetr. Firma.

Der Mord
an
Liebknecht
und
Luxemburg
Mit Portraits
der Ermordeten und
Bildern der Ange-
klagten
Preis 12.- M.
Buchhandlung
„Freiheit“
C. 2, Breite Str. 8-9

Teil-
zahlung!
Garderobe
für Damen, Herren
und Burschen
sehr preiswer
infolge groß. alter
Lagerbestände
bei bequemem
Rat zahlungen
H. Tyra & Co.,
Berlin, Bismarckstr. 16

Für
50 Mark
während, erhalten
S. e. bei k. Anzahlg
ein- jeder
solch- Art
sowie Ausstattung-
stücke von Gar-
dinen, Bettdecken
etc. etc. für
wöchentlich
20 Mark
Zorander Str. 51
Sartel

Geld
für jede Veranlassung, höchste
Anzahlweise für Haus-
scheine, Beilagen, Geld-
gegenstände, Zepplins,
Bücher usw. W. 11.
Friedrichstr. 41, 11.
Kaufmann

Extra
billige
Angebot für
gediegene
Möbel
Schlaf-,
Speise-, Herren-
Zimmer, Küchen
Zahlungs-
erleichterung.
Möbel-Frese
Weinbergsweg 1
(Hauptbahnhof)

Bürobedarfshaus
FRITZ MERTEN
Berlin S 14, Annensr. 2
Fernspr.: Moritzplatz 13205

Bei der unten bezeichneten Krankenkasse sind
3 Kassengehilfen-Stellen
möglichst bald zu besetzen.
Die Besetzung erfolgt nach den Anfangs-
fähigkeiten der Gruppe V der Reichsbevollziehungs-
ordnung.
Gelegene Bewerber in jüngeren Jahren
mit guten Kenntnissen, die im Schreiben
u. Rechnen geübt sind u. ev. Schreibmaschine
beherrschen, wollen unter Befügung eines
selbstgeschriebenen Lebenslaufes umgehend
ihre Bewerbe an den Vorstand einreichen.
Der Vorstand der Innungs-Krankenkasse
der Tischler-Innung zu Berlin
SO. 16, Michlstr. 15
Otto Gronau, Vorsitzender.

Tüchtige
Automaten-Einrichter
für Offenbacher Automaten zu so-
fortigem Eintritt gesucht.
Schraubenfabrik Erdmann & Groß,
Rützelstr. 11

„Hamster“-Wagen
zusammenbar, sofort ab Fabrik für
Mk. 400,- lieferbar.
Berlin W. 9, Eichhornstraße 4, prt.

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich
echte Kapitän-Kautabak, nur
mit
Zettelbeilage (Kollen, Schießen, Slangen, Twist
17. 4. — Einlösungsverk.) Verk. ausschließlich bei
Gen. Röcker, Berni, Lindenberger Str. 22 (pt. 281)

Botenfrauen sofort gesucht
bei erhöhtem Lohn
Expedition Wengels
O, Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße
Expedition We.ner
Greifswalder Straße 29
Tour: Frieden-, Höchste-, Büchlingstraße
Tour: Barnim-, Wein-, Georgenkirchstr.
Expedition Sinner
Skalitzer Straße 101
Expedition Jordan
Dresdener Straße 24
Expedition Hädicke
Adlershof, Kleingartenweg. 8
„Freiheit“ Expedition
Charlottenburg
Wall Straße 4

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege,
der Riempe:
Otto Beyer
Schlegelstr. 20
am 11. d. Mts. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den
15. d. Mts. nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Holzgärtner-Straßhofes, Bismarckstr.
aus statt.
Kege Beteiligung wird erbetet.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege,
der Tischler:
Georg Behnke
Schöneberg, Belfager Str. 61
am 7. d. Mts. gestorben ist.
Eure treuen Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54
Linie. Nr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Am Montag, den 17. April 1922
(2. Osterfeiertag) vormittags 10 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engelufer 24-25

Konferenz
aller auf Montage beschäftigten
Rohrleger und Helfer.
Tagesordnung:
1. Bericht über den gegenwärtigen Stand
unserer Lohnbewegung.
2. Verbands- u. Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert
In Anbetracht der gespannten Lage
in unserem Gewerbe ist es Pflicht aller
auf Montage befindlichen Rohrleger und
Helfer, in dieser Konferenz zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Soeben erschienen!
Weltfeiertag
Festzeitung zum 1. Mai
Preis 2.- Mark
Händlern hoher Rabatt
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C. 2 Breite Str. 8-9

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58 a
Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schildpfer
Jaket von 1000 M. an. Ferner Damen-Kostüme, Kleider, Wäsche, Teppiche, etc. etc. billig. Fe schwarz,
Krausefäden 400 M. Job Hosen, Hemd, Silberfäden, Quack, Wäsche, Leder, Sportkleid
Kleider etc. etc. billig. Damen-Pelzmäntel 3500 M. Pelzmäntel. (Keine Lombardware)

Das Gesicht der Stadt Berlin

Andere Städte haben es leichter gehabt, sich in Schönheit hineinzufinden. Sie dehnten sich aus, schauten und blickten von Generationen, beschaulich und erbaulich, wuchsen natürlich und erträglich, wie ein werdender Mensch aus Kleibern herauswächst, mit vererbten, von Geschlecht zu Geschlecht das Vermächtnis von Stil, Charakter, Eindeutigkeit.

Auch Berlin wollte schlicht und recht werden. Wir können dies heute noch auf Ansätze zurückverfolgen. Notwendigkeiten aber, die an die Stadt herantraten wie Wägen, sand, befahen ihr drängendes: Sei! und die Weltstadt war, ehe sie eigentlich wurde.

Trotzdem kann Berlin niemals un schön oder uneinheitlich genannt werden. Nur will es von anderen Augen gemessen werden als denen, die landesübliche Entwicklung und akademischen Städtebau als einzigen Maßstab gelten lassen. Es will wie alles, was von menschlichen Notwendigkeiten und sozialer Macht geschaffen wurde, erlebt werden. Das betrachtete Berlin verlagert. Das erlebte hat etwas, hat viel zu sagen, ist Schönheit und Einheit.

Ziehen wir ab von ihm den Ausläuferbereich des nicht aus dem Herzen des Volkes geborenen Parvenu-Kaisertums, das Teilhabtbild des Doms, der Siegesallee, der seelenlosen Staatsrenaissance, das niemals wirkliches Stadtbild wurde, am allerwenigsten aber dem Berlin des Volkes babylonisch-plumpen Herrschaftswillens aufzwingen konnte, dann bleibt viel. Auch aus der Zeit, da Monarchie unbefristete Landes- stätte und darum einfacher, natürlicher, geschmackvoller war. Bleiben vor allem das „Tor“ und Deutschlands schönstes Straßenbildwerk, das „Kurfürsten-Denkmal“ auf der Brücke, nach dessen Genuss die Bildhauer-Todfäden nebenan, die des Markalls, Augen- und Sinneschmerz bereiten. Ebenso grüßt aus Zeiten, da Kirchen sich noch aus Volksempfinden in Höhe hoben, gediegenes, künstlerisch Wertvolles: Marien-, Nicolai-, Klosterkirche lassen die Massenschau von roten Backstein vergessen, die, oft verfaßelt und verziert wie Wohnstubenköstchen in Gräberzeithäusern, unter dem Namen Kirchen mit behelmten Schornsteinen und Kuppeln genannten Kesseln weder Schönheit noch Befriedigung im Straßenbild tragen.

Nicht das, was anderswo Städte Schönheit und Kultur bedeutet, ist das, was Berlin ist und erlebend wert macht. Hierin verlagert es und muß verlagern, weil das Werden seiner Volksebene nicht auf Dome und fürstliches Mäzenatentum eingestellt war. Aus diesem Verlagen, dieser Volksein- stellung, aus dem gebieterrischen: Sei! der Verhältnisse entwickelt sich das eigentliche Stadtbild, das hart, einheitlich und schön ist und erlebt werden will, das Berlin der Arbeit, der Kraft, des bewußten Arbeits- und Kraftwillens. Und diese Stadt hat weder in Deutschland noch in Europa ihresgleichen.

Wir stehen mitten in diesem Berlin, sind umlagert von diesem Hauch seiner Kraft, ruhen mit ihm in behaglicher Feiertagsstille, leben in ihm und mit ihm und er leben es doch kaum oder zu wenig.

Weil es eben zu sehr aus uns und für uns geschaffen wurde und Teil unser selbst ist:

Dieses Berlin der Eisenbahnen, die wertbewußt Straßenmitten beanspruchen, arbeit- und laisfordern aus vertraulicher Nähe in tausend Fenster blickend, Prunkbauten von Museen überschneidend und Altrücker zerbrausen: wir sind Kraft, Leben, Blut;

der Wasserstraßen, die das Herz der Stadt suchend, ernst und schwer in Verdrossenheit erstarren, wenn sie zu un- tätiger Rast verurteilt sind, und lächelnd und ausleuchtend jede der unzähligen von Bergen kommenden, in Meere gehenden, inmitten der Weltstadt ein Weltarbeitsbild für sich bedeutenden Lasten tragen;

der Fabriken und Warenhäuser und all der Kraft- und willensbedingenden Hochburgen von Arbeit und Handel, in ihrem Reichtum, ihrer Einzelvollendung nirgends mehr erreicht, geschaffenen von Zeit erkennendem, Menscheninn gestaltendem Künstlergeiste, den Hof und Staat verkannten und verbannten, weil sie seiner nicht bedürften;

der Schulen, Krankenhäuser und all der Ge- meinde- und Gemeinfinnsbauten, die vorbildlich und reich an Schönheitswerten, allen gehören oder gehören sollen;

der Stätten, die das aufstrebende Proleta- riat sich selbst erbaute, der Gewerkschaftshäuser,

der Volksbühne, dem edelsten Theaterbau einer Weltstadt, all der Warten und Festungen eines wahrhaft werdenden Volkes.

Das ist das wirkliche Stadtbild Berlins, ein Unübersehbares, das sich nicht in Schau- und Paradestellung aufdrängt, mühsam zusammengetragen und mit willigem Suchen erlebt werden muß, ein Weites, das, einmal erfasst, Weltbesitz und Erweiterung unseres Selbst wird.

Wir leben in ihm — machen wir uns dies Leben bewußt! Und — wieviele haben es schon getan? — entdecken wir es endlich, auf daß wir zum Erlebnis kommen können!

Sei lewet noch — — !

Sie geben die Hoffnung nicht auf, unsere waderen preu- ßischen Monarchisten, daß auf den 9. November noch ein neuer Preußenmorgen folgen wird. Dieser Erwartung gab der Direktor Meißner, Oberleutnant d. L., auf einem Wohltätigkeitsfest Ausdruck, das von dem Ausschuss des XXII. Reservekorps zur Errichtung eines Denkmals für seine Gefallenen im Zoo veranstaltet wurde, und zu dem angeblich Tausende von früheren Angehörigen des alten Feldkorps mit ihren Gattinen erschienen waren. Die Rettungsteilung des Vereins für Leibesübungen „Olympia“ (verfäppte Einwohnerwehr!) hatte ihre schäpends- werten Kräfte zur Verfügung gestellt und führte ein Fest- spiel „Friedrich der Große“ auf. Und dann kam die große Attraktion: Der abgetaktete Oberleutnant bestieg das Podium, um eine Festrede über den „Preußengeist“ zu halten. Eine donnernde Philippika! Nach seiner Auf- fassung kann diese Tränenwelt vor einem gänzlichen Zu- sammenbruch nur gerettet werden durch den alten Friede- ricianischen und wilhelminischen Preußenge- geist, während die gerade in bürgerlichen Kreisen so sehr beliebte Reisetretel und nur in noch immer größerem Glend führen würde. Und dann holte er zum vernichtenden Schluß aus: er kritisierte die Befehlshaber unserer großen Feldherren Hindenburg und Ludendorff, unserer glorreichen alten Armees und der von echtem Preußengeist durchglühenden alten Vichtersfelder Kadetten (Hurrall) durch die Abgeordneten Cohn, Levi, Raß, Meier und Konforten im Landtag vor wenigen Tagen, und schlug unter dem jubelnden Beifall der Versammelten die Abfindung nachstehender Drahtungen an Hindenburg und Ludendorff vor:

„Die heute anlässlich eines Wohltätigkeitsfestes zur Ehrung ihrer Gefallenen im alten Preußengeist versam- melten Angehörigen des früheren XXII. Reservekorps und ihrer zahlreichen Wäite, über die neuen unerhörten und deutschen Angriffe der Abgeordneten Cohn und Gen. im Reichstag (?) gegen Eure Excellenz, die alte Armees und das frühere Königlich Preussische Kadetten- korps auf das Tiefste empört, sprechen Eurer Excellenz als dem ruhmreichen Führer der unbesiegten deutschen Waffen ihre tiefste Verehrung und ihr vollstes Vertrauen aus und geloben, auch im Zivilrock stets Schirmer deut- scher Waffenehre zu bleiben.“

Ein Kommentar zu diesem Telegramm ist überflüssig. Die guten Deutschen, die sich bei jeder passenden und un- passenden Gelegenheit ihren „Klempnerladen“ auf die Brust hammeln, verdienen höchstens humoristisch genommen zu werden. Vielleicht, daß sie in ganz trüben Stunden zu dem Ausruf verleiten könnten: Herrgott, wie groß ist dein Tierreich!

Die Herrschaften haben sich übrigens keinen besseren Tagungsort wählen können, als den Zoologischen Garten. Es sollte uns aber nicht wundern, wenn nun- mehr die im Zoo versammelten Schimpansen, Bisons und ähnliches Gezier sich gegen eine solche gelegentliche Nach- barschaft entschieden verwahren würden.

Zum Grabowsee

Eine kurze Wanderung führt uns heute in die nähere nördliche Umgebung Berlins (Strecke Oranienburg). Vom Stettiner Bahnhof oder Bahnhof Gesundbrunnen erreichen wir in ¼ Stunden Lehnitz. Rechts vom Bahnhof führt uns in nördlicher Richtung ein Promenadenweg durch die Kolonie Lehnitz zum Lehnitzsee, an dem wir nun in seiner ganzen Länge, immer dicht am Ufer, entlang wandern. Hier am Lehnitzsee ist auf beiden Ufern den ganzen Sommer über ein reges Treiben der Erholungsuchenden und Badenden, jung und alt durcheinander. Ungezwungen und fröhlich ist jeder in der freien Natur, die ganz Kleinen zum Teil splitternackt — zum Entsetzen der Spieler. Jetzt ist's still hier am See. Erlen und junge Birken säumen den Weg. Bald sind wir an der Nordspitze des Sees. Ein schmales Flied, der Sintergraben, hemmt unseren Schritt. Wir benutzen den Fußsteig rechts des Grabens. Wir kreuzen die Chaussee Oranienburg-Schwandowen und folgen nun dem Flied auf seiner linken Seite. Neben uns die Schlehenteiche des Oranienburger Schützenvereins — auch ein Zeichen bürgerlicher „Kultur“. Weiter am Flied entlang nimmt uns bald ein breites Wiesental auf. Ein kurzer Weg — wir sind am Grabowsee. Nahe herrscht hier — nur ab und zu tönt der Ruf der Wasserföhner an unser Ohr. Eine schöne Stelle weiterhin am See ladet zur kurzen Rast ein. Vor uns auf der anderen Seite des Sees lugen durch die Bäume die Häuser der Heilstätte. Hier suchen unsere Klassenossen Heilung von der Proletarierkrankheit. Links von uns durchschneidet der Kaiserkanal (ein Teil des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin) den Wald. Am Kanal abwärts wandern wir in südlicher Richtung zur Schlenke. Ueber die Brücke führt links die Chaussee durch schönen Wald nach Oranienburg. Frühzeitig führt uns von hier die Bahn wieder dem „Wasserföhler“ Berlin entgegen.

Für rüstige Fußgänger ist diese Wanderung eventuell als Nachmittagswanderung zu empfehlen. Weglänge etwa vier Stunden.

Reisenmaterial: Karte der Landesaufnahme 1 : 50 000, Blatt Oranien- burg, Buchausblung „Freiheit“, Zeitestr. 8/9.

Tierquälerei

Wenn man das herrliche Aquarium des Zoologischen Gartens besichtigt, dann hat man seine Freude daran, wie sich die flinken und farbenprächtigen Bewohner des Wassers auch in der Gefangen- schaft wohl fühlen, ist ihr Gefährnis doch der Natur und den Eigen- heiten der Tiere in vollendeter Weise angepaßt. Ständige Auf- zucht sorgt für den notwendigen Sauerstoff des Wassers und für Tiere der tropischen Gewässer wird das Wasser künstlich auf die ent- sprechenden Wärmegrade gebracht. Der Unfug des Haltens von Goldfischen in enghalsigen Fischgläsern hat in den letzten Jahren nachgelassen, aber ähnliche Tierquälereien sind heute noch gang und gäbe, ohne daß die gebildeten homo sapien hat in die Qualen gefangener Tiere eine Vorfellung machen. Wir denken dabei an die Fischbehälter z. B. im Barenhaus Bertelmann, Rosenthaler- Straße 8, bei dem „Hoflieferant“ Hindenburg, Markgrafen- straße 20. In schmutzigen, sauerstoffarmen, durch tote Fische ver- gifteten Wasser, warten dort lebende Karpfen, Biber, Hechte, Kalle usw. auf den papiergeldbesetzten Käufer, der sich „frische Fische“ leisten kann, und der diese Tiere von ihren Qualen erlöst. Fort- während stoßen die Fische zur Wasseroberfläche, um nicht zu ersticken, man kann sich die Qualen der Tiere einfach nicht ausdenken. Sehr gut wäre es, wenn sich die Tierchutzvereine auch um diese Ange- legenheiten kümmern würden, damit lebende Fische nur in solchen Bassins angeboten werden, deren Wasser- und Luftzufuhr durch automatische Vorrichtungen geregelt werden.

An unsere Leser! Des Karfreitags wegen erscheint die nächste Ausgabe Sonnabend Abend.

Festabend der Sozialistischen Proletarierjugend. Wir machen die Parteigenossen noch einmal auf den heute Abend

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Original autorisierte Uebersetzung von KUGUR SCHOLZ. Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(48. Fortsetzung.)

Auch die Offiziersburschen lachten, als sie mir diese Geschichte erzählten, und schimpften über die kleine Frau.

„Die krumme Diefel!“ sagte Fermoichin mit seiner tiefen Bassstimme — „wie kann sie nur so dumm sein!“ Und Sidorow meinte leise:

„Alle Weiber wollen belogen sein. Sie weiß, daß die Offiziere nur spaßen...“

Ich konnte es nicht glauben, daß die Zuschneider- frau den Spaß, den die Offiziere mit ihr trieben, durch- schaute, und beschloß fogleich, ihr alles zu sagen. Ich gab acht, wann ihre Köchin nach dem Keller ging, lief hinauf die Hintertreppe hinauf und betrat die Küche ihrer Wohnung. Als ich dort niemanden antraf, ging ich weiter und kam in ein Zimmer, in dem die kleine Frau an einem Tische saß, in der einen Hand eine große vergoldete Tasse, in der andern ein aufgeschlagenes Buch. Mein Eintritt erschreckte sie — das Buch an die Brust drückend, rief sie leise:

„Wer ist da? Anguste... Wer bist du?“

Ich begann hastig und wirr zu erzählen, jeden Augenblick gewärtig, daß sie mir das Buch oder die Tasse an den Kopf werfen würde. Sie saß in einem großen kirchroten Sessel, hatte eine blaue, am Kragen und an den Ärmeln mit Spitzen verzierte Morgen- jacke an, und das geloste dunkelblonde, wellige Haar fiel ihr über den Rücken. Ganz wie ein Engel an der Altartür in der Kirche sah sie aus. In den Sessel zurückgelehnt, schaute sie mich mit ihren großen Augen an — zuerst streng und befremdet, dann mit erstauntem Lächeln.

Als ich alles gesagt hatte, was ich mir zu sagen vorgenommen hatte, schwand mir der Mut, und ich wandte mich der Tür zu, um zu gehen.

„Bleib' noch!“ rief sie mir zu, setzte die Tasse auf das Präsentiertischchen nieder, warf das Buch auf den Tisch,

faltete die kleinen Hände und sprach mit der reifen, vollen Stimme einer Erwachsenen:

„Bist du ein merkwürdiger Junge... Tritt doch näher!“

Ich trat mit großer Vorsicht zu ihr hin, und sie nahm meine Hand, streichelte sie mit den kalten kleinen Fingern und fragte:

„Hat dir niemand gesagt, daß du mir das alles erzählst? Nun gut, ich seh's, ich glaube es dir — du hast dir das selbst ausgedacht...“

Sie ließ meine Hand los, schloß die Augen und sagte gedehnt, mit leiser Stimme:

„Diese schmutzigen Soldaten reden also schon davon...“

„Ziehen sie lieber fort aus diesem Hause,“ rief ich ihr treuherrig.

„Weshalb?“

„Man wird Ihnen keine Ruhe lassen...“

Sie lächelte anmutig. Dann fragte sie mich:

„Hast du die Schule besucht? Liest du gern Bücher?“

„Ich habe keine Zeit zum Lesen.“

„Wenn du sie liebst, fändest du schon Zeit dazu.“

Nun, ich danke dir.“

Sie hielt mir die Hand hin, zwischen den Finger- spitzen sah ich eine Silbermünze blinken. Ich schämte mich, das kalte Geldstück zu nehmen, wollte es jedoch auch nicht ausschlagen und legte es auf das Fenster- brett in der Küche.

Es war ein tiefer, neuer Eindruck, den ich mit mir nahm. Es war mir, als sei ein Morgenrot vor mir aufgegangen, und einige Tage lang lebte ich in einer freundigen Stimmung, sah immer nur dieses große Zimmer und darin die kleine Frau in dem blauen Engelskleide. Alles um sie herum war so fremdartig schön; ein schwellender, golddurchwirkter Teppich lag zu ihren Füßen, und der Wintertag schaute durch die silberglänzenden Scheiben herein und wärmte sich in ihrer Nähe.

Ich empfand den lebhaften Wunsch, sie noch einmal zu sehen — was konnte es schaden, wenn ich hinging und sie um ein Buch bat?

Ich tat es und sah sie wieder in demselben Sessel, mit einem Buche in der Hand. Ihre Wade war mit einem braunen Tuch umwickelt und ihr Auge ver- schwellen. Sie gab mir ein schwarz eingebundenes Buch und murmelte irgend etwas, das ich nicht ver- stand. Ich ging traurig davon, das nach Kresot und Anisotropen duftende Buch in der Hand. Um es vor meinen Reuten in Sicherheit zu bringen, trug ich es auf den Boden, umwickelte es mit einem sauberen Hemd, schlug es sorgfältig in Papier ein und versteckte es so, daß niemand außer mir es finden konnte.

Meine Reute hielten die „Riva“ nur wegen der Schnittmuster und Bilderprämien, begudeten sich die Illustrationen und legten die Hefte dann auf den Schrank im Schlafzimmer. Hier lagen sie, bis sie am Schluß des Jahrgangs eingebunden wurden und unter das Bett wanderten, wo bereits drei Bände einer anderen Zeitschrift lagerten. Wenn ich im Schlaf- zimmer den Fußboden schenerte, ließ das schmutzige Wasser unter die Journale. Außerdem abonnierte mein Lehrmeister den „Russischen Kurier“. Er las ihn den Abends und schimpfte dabei:

„Wozu sie das alles nur schreiben? Weiß der Teufel! Langweiliges Zeug...“

Als ich am Sonnabend auf dem Boden die Wäsche aufhängte, erinnerte ich mich des Buches und holte es aus dem Versteck hervor. Ich schlug es auf und las den Anfangssatz: „Die Häuser haben, wie die Menschen, jedes sein eignes Gesicht.“ Diese Worte verblüfften mich durch ihre einfache Wahrheit, und ich trat an das Bogenfenster und las weiter. Ich las und las, bis ich ganz starrgefroren war, und am Abend, als meine Leute zur Nachtandacht gegangen waren, holte ich das Buch in die Küche herunter und vertiefte mich ganz in die zerlesenen, an herbstlich gelbes Saub erinnernden Blätter. Leicht und unmerklich leitete sie mich in ein anderes Leben, zu Menschen mit neuen Namen und Beziehungen. Sie führten mir edelmütige Helden und finstere Bösewichte vor, die mit den mir bekannnten lebendigen Menschen keine Ähnlichkeit hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25, stattfindenden Festabend der Sozialistischen Proletarierjugend aufmerksam. Mitwirkende: Erna Schulz-Violone, Theophil Demetriescu-Mavier, Sela Frau-Stöbinger-Cello, Räte Mendel-Gesang, Wolfgang Heinz (Staatschauspielhaus)-Rezitation. Eintritt frei.

Das Osterweiter. Mehr noch als sonst erzählten in den letzten Wochen Bekannte und andere Zeitgenossen, die man zufällig traf, vom Wetter. Wann wird es nun Frühling in Berlin? Immer und überall dieselbe Frage. Antisemiten vertreten die Ansicht, daß der Frühling natürlich von den Juden verschoben sei, und die unentwegten Monarchisten behaupten, daß es einen solch trüben Frühling zu Zeiten Wilhelm und seiner Vorfahren nie gegeben hätte. Nun regen sich die Wetterpropheten und verkünden eine große März. Sie schreiben mit Hochdruck von Hochdruckgebieten, wittern bestimmt Frühlingstriebe und prophezeien für die Osterfeiertage angenehmes Frühlingswetter. Mögen sie wenigstens dieses Mal Recht behalten. Wir sind sehr bescheiden geworden und nehmen als Osterer-Erfolg sehr gerne strahlenden Frühlingssonnenschein.

Die Reinigung der Krankenhäuser wird, wie uns mitgeteilt wird, künftig nur noch zweimal in der Woche vorgenommen. Auch die Schulen und übrigen Anstalten der Stadt, die Straßen und Plätze sollen künftig nicht mehr täglich gereinigt werden. — Derartige Maßnahmen des Magistrats sind außerordentlich bedauerlich. Wenn mit städtischen Geldern durchaus gespart werden muß, so darf diese Sparmaßnahme auf keinen Fall zum Schaden der öffentlichen Gesundheitspflege auswirken.

Das städtische Krematorium in Wilmerdors wird voraussichtlich im nächsten Monat eröffnet werden. — Das im Bau befindliche Krematorium in der Dieckelmeyerstraße kann aller Wahrscheinlichkeit nach erst im April nächsten Jahres seiner Bestimmung übergeben werden.

Die Waldschule für Gemeindeschulkinder im Bezirk Charlottenburg wird am 20. d. M. wieder eröffnet werden.

Der Botanische Garten in Dahlem bleibt am Karfreitag geschlossen. An den beiden Osterfeiertagen ist er von 8 Uhr gegen freien Eintritt geöffnet.

Eine Kindesleiche im Eisenbahnwagen. Auf der Station Grünau wurde beim Revidieren des Vorortzuges Nr. 3013 unter dem Sitz eines Abteiles 2. Klasse die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden.

Selbstmordversuch auf dem Kleinen Wannsee. Zwei Inspektoren des Reichswasserschutzdienstes zogen gestern vormittag auf dem Kleinen Wannsee eine weibliche Person aus dem Wasser. Da sie noch Lebenszeichen von sich gab, wurde sie in ein Krankenhaus gebracht.

Der Tod auf der Straße. Im Lustgarten wurde neben einer Bank eine etwa 65 Jahre alte Frau tot aufgefunden. — In der Straße Alt-Stralau fanden mehrere Passanten einen Mann im bewußtlosen Zustande. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Der Frauenmord im Grunewald. Zu dem unaufgeklärten Verbrechen im Grunewald wird mitgeteilt, daß für die Feststellung der Persönlichkeit der Toten, die bisher noch nicht gelungen ist, zunächst eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt ist. Erhielt sie dann, was nach den bisherigen Feststellungen wahrscheinlich ist, daß tatsächlich ein Verbrechen vorliegt, so wird eine höhere Belohnung für die Ermittlung und Ergreifung des Täters noch ausgesetzt werden. Die Leiche lag im Jagd 110 des Grunewalds, in einer 1 1/2 Meter hohen Schonung, etwa 50 Meter westlich vom Wege nach Teufelssee. Sie lag mit dem Hut unter dem Kopf auf dem Rücken. Der Kopf war bis zu den Knien hochgeschlagen. Das Gesicht war noch ganz mit Blut bedeckt, wohl ein Beweis dafür, daß die Leiche noch nicht lange im Freien gelegen haben kann. Die Verletzung am Kopf ist zweifellos als eine Schußwunde festgestellt. Zur Feststellung der Persönlichkeit sei mitgeteilt, daß die etwa 25-30 Jahre alte Tote kastanienbraunes Haar hat. Am Oberkiefer fehlen die Zähne. Die Tote trug einen dunkelblauen Mantel mit Gürtel, einen braunen Rock und weiße Unterwäsche ohne Reigen. Das Wäschezeichen besteht aus einem blaugelben Faden. Die Unbekannte trug drei Ringe. Auf der rechten Hand einen Trauring mit zwei Steinen, aber ohne Inschrift, an der linken Hand, am Ringfinger einen kleinen silbernen Ring und am kleinen Finger einen Armband mit der Aufschrift: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt. 1914.“ Eine Sandtasche trug die Frau nicht bei sich, wenigstens wurde keine bei ihr gefunden. Vielleicht ist sie mit Inhalt geraubt. Die Kleidertasche enthält nur ein weißes Taschentuch ohne Zeichen, aber feineres Papier oder sonst etwas, was zur Feststellung der Persönlichkeit hätte dienen können. Der Hut ist rund und schwarz. Mitteilungen zur Aufklärung nehmen die Kriminalkommissare Trettin und Dr. Bernsdorf im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen. Die Leiche ist im Charlottenburger Schanzenhaus aufgestellt.

Gewerkschaftliches

Zumutung an einen Arbeitslosen

Der Verband der Buchbinder sendet uns eine Zuschrift, die die Methode des alten Brechen in hellem Licht erstrahlen läßt. Das Oberverwaltungsamt und Militär-Versicherungsgericht in Charlottenburg, Berliner Straße 11, sucht einen Buchbinder. Ein Herr Regierungssekretär nimmt die Vormusterung ab, und ein Herr Oberregierungsrat befragt sich den Arbeitslosen vom Kopf bis zur Sohle. Außer Buchbinderarbeiten wird dem einzustellenden Buchbinder nicht nur zugemutet, die Arbeiten eines Bureaudieners zu erledigen, was von dem Arbeitslosen nicht abgelehnt wurde, sondern es wurde ihm auch nahegelegt, als Hausknecht zu fungieren, und zwar als Hausknecht, der Kriegsbeschädigte und Rentenempfänger, die auf diesen Dienststellen zu tun haben, und die zuweilen ungenügend werden sollen, an die frische Luft zu setzen. Der arbeitslose Buchbinder bedankte sich und empfahl sich mit einem „Guten Morgen“.

Der Herr Oberregierungsrat wird vielleicht gut tun, seine Amtsgeschäfte so zu erledigen, daß die Kriegsbeschädigten und Rentenempfänger, mit denen er zu tun hat, entsprechend behandelt und ihre Anliegen auf dem schnellsten Wege erledigt werden. Diese Armen kommen dann nicht in die Notwendigkeit, sich über den heiligen Bureaudienst zu erregen und unbotmäßig zu werden, und es entsteht die weitere Ueberflüssigkeit, einen Hausdiener zu einem solchen Zweck in Aktion treten zu lassen. Die notwendige Arbeitskraft eines Buchbinders kann dann voll ausgenutzt werden, das Publikum würde sympathisch durch eine entsprechende Amtsführung befriedigt sein, und wir hätten keinen Anlaß zu dieser Kritik.

Zum Angestelltenstreik in der Zigaretten-Industrie

Seit 18 Tagen befinden sich die Angestellten der Zigaretten-Industrie in einem Abwehrkampf. Das seit über 2 Jahren bestehende Tarifverhältnis wurde von den Arbeitgebern zum 31. Dezember 1921 gekündigt mit der Absicht, wesentliche Verschlechterungen sowohl in der Gehaltsfrage, als auch in den übrigen Arbeitsbedingungen durchzuführen. Ein vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällter Schiedsspruch, der diese Verschlechterungen abwies, wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, ebenso ein Vergleichsvorschlag des Demobilisierungskommissars und ein Vermittlungsvorschlag einer Arbeitergewerkschaft. Man verlangt von den Angestellten die bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Die Angestellten haben, aus diesem Verhalten der Arbeitgeber den Schluß ziehend, sich auf einen längeren Kampf eingerichtet, wobei sie auf die Solidarität der gesamten organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft vertrauen, die den Hauptkonsumenten darstellt. Beitreten werden folgende Betriebe: Bodnia, Borg, Garbay, Jofetti, Karmitzi, Kreffin, Mal-Kab, Manoli, Massary, Muratti, Problem und Benesi. — Arbeiter, Angestellte und Beamte übt Solidarität.

Zu den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter

Der Gemeindefacharbeiter-Verband teilt mit: Der Schiedsspruch vom 7. März sah für die städtischen Arbeiter eine Gruppierung der Löhne nach Altersklassen vor. Diese Gruppierung war entgegen dem Willen der städtischen Arbeiter erfolgt und haben die Arbeiter in ihren letzten Forderungen diese Gruppierung nicht beachtet, sondern dieselben von dem Gesichtspunkt aus aufgestellt, daß ein Arbeiter nach Vollendung des 18. Lebensjahres in den städtischen Betrieben als Vollarbeiter betrachtet werden muß, da seine Arbeitsleistung sich in keiner Beziehung von der eines über 24 Jahre alten unterscheidet. Demzufolge muß bei der Berechnung der Höhe der Forderungen, nicht wie es aus der Notiz der Morgenblätter hervorgeht, das 18. Lebensjahr zugrunde gelegt werden, sondern das 24. Lebensjahr. Die Forderungen der städtischen Arbeiter lauten: Ungelernte Arbeiter über 18 Jahre Stundenlohn 16,—, nach einem Jahr 16,25 M., angelernte Arbeiter über 18 Jahre Stundenlohn 16,25, nach einem Jahr 16,50 M., Handwerker über 18 Jahre Stundenlohn 17,—, nach einem Jahr 17,25 Mark. Diese Sätze bedeuten gegenüber den bisher bezahlten eine Erhöhung von: für ungelernete Arbeiter über 24 Jahre bisher 10,84 M., Forderung 16,25 M., 5,41 M., für angelernte Arbeiter über 24 Jahre bisher 11,06 M., Forderung 16,50 M., 5,44 M., für Handwerker über 24 Jahre bisher 11,50 M., Forderung 17,25 M., 5,66 M.

Wenn in Betracht gezogen wird, daß heute in der Privat-Industrie Durchschnitts-Stundenlöhne von 21 M. und darüber bezahlt werden, demgegenüber der Magistrat eine Erhöhung von 3 M. pro Stunde für Arbeiter von über 24 Jahre als weitgehendes Angebot bezeichnet, so drängt sich den Arbeitern doch die Frage auf, ob der Magistrat überhaupt noch ein Interesse daran hat, vollwertige Arbeiter in seinen Betrieben zu beschäftigen? Es kann bereits die Tatsache verzeichnet werden, daß die tüchtigsten Arbeiter die städtischen Betriebe fluchtartig verlassen, und wenn den sehr mühsigen Forderungen der Arbeiter nicht Rechnung getragen wird, dieses Ausweichen der tüchtigsten Arbeiter zu einer Katastrophe für die städtischen Werke wird.

Zum Verbandstag der Schuhmacher. Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands hält am 12. Juni seinen 10. ordentlichen Verbandstag in München ab. Die Wahlen der Delegierten fanden für Berlin am 3. April statt. Durch Urwahl sind folgende Kollegen gewählt: Joh. Hörs, Wilh. Joller, Herm. Müller, Frau Siegler, Fris Moser.

Sattler, Tapezierer und Portiersiller. Laut Beschluß der Ortsverwaltung hat jeder Kollege und Kollegin zur Unterstützung der in Dänemark ausgesetzten Arbeiter einen Extrabeitrag zu leisten, und zwar: die Kollegen einen Mindestbeitrag von 10 Mark, die Kolleginnen einen solchen von 6 Mark (siehe Verbandsorgan Nr. 14). Die Beitragsleute haben sofort im Büro die dazu verwendenden Marken abzuholen. — Wir bitten die Kollegen zu beachten, daß das Büro am Sonnabend, den 15. 4. nur bis 1 Uhr geöffnet ist. Am 3. Feiertag bleibt das Büro geschlossen.

Glasler. Ab 10. April erhöht sich der Lohn um 5 Mark pro Stunde, so daß der Mindest-Stundenlohn 22 Mark beträgt. Als Vergütung werden pro Woche 6,50 Mark ab 10. April gezahlt. Wo diese Löhne nicht gezahlt werden, ist der Verwaltung sofort persönliche Mitteilung zu machen.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Eine wichtige Geschäftsleitungs-Sitzung findet am Sonntag abend, nachmittags 2 Uhr, im Verbandsbüro statt. Zum Angestelltenstreik in der Zigaretten-Industrie.

Sonntag, den 16. April. 15. Bezirksverband, Abteilung Hennrichsberg-Prepian. Der Männerchor überreicht dem 1. Chorus im Spreegarten. Wir eruchen die Genossen, sich daran anzuschließen. 18. Bezirksverband, Abteilung Untergrundbahnhof. Feiern der städtischen Arbeiter in der Turnhalle Markstraße, vormittags 10 Uhr.

Vereinskalender

Freitag, den 14. April. Vereinsversammlung des 1. Chorus. Am 1. Osterfeiertag, vormittags 10 Uhr, religiöse Feierstunden unseres Genossen-Pastor Dieckhoff in der Trinitatisstraße, Charlottenburg, Karl-August-Platz (Nähe Bahnhof Charlottenburg, Untergrundbahnhof Markstraße). Heute nachmittags 4 Uhr Feiern, Hennrichsberg, Prepian.

Sonntag, den 16. April. Deutscher Arbeiter-Sängerbund, von Berlin, Bezirk II. Der Männerchor Reinholdsdorf C. veranstaltet am Sonntag, den 16. d. M. (Osterfeiertag), vormittags 10-12 Uhr, in den Hübnerischen Reindensdorf-Schule, Prepianstraße, eine Sängermorgenfeier, an welcher sich die Bezirksvereine der Umgebung beteiligen. Freunde des Männergesanges sind herzlich willkommen. Eintritt frei!

Jugendbewegung

Freitag, den 14. April. 1. West-Jugend: Bezirksverband Ost. Die Genossen der Gruppen Gröner, Epenid, Bodnsee, Bismarck, Bismarck, Bismarck und Ost treffen sich abends 6 Uhr am Stadtbahnhof Markstraße und geben gemeinsam zur Begrüßungsfeier, Zehn und Sommer Klub mitzubringen.

Sonntag, den 15. April. 1. West-Jugend Gr. Ost. Der Treffpunkt zur Osterfeier ist um 4.45 Uhr und um 7.45 Uhr am Stadtbahnhof Markstraße, Ecke Markstraße (Kriegener Bahnhof).

Arbeiter Sport

Montag, den 17. April. Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Schauturnen des Bezirks Wedding im Festplatz-Schneidmühl, Sonntag, 18. d. M. nachmittags 3 Uhr. — Wettkampf: Turnvereine Niederwallstraße 12, 7 Uhr.

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nummer 7 der Zeitschrift „Unser Weg“ enthält folgende Beiträge: Paul Levi, „Die Not der Stunde“; Arthur Döwale, „Sozialisten als Arbeitgeber“; Erna Frießland, „Die sozialistische Gemeinde“; Wilhelm Heuth, „Die Gewerkschaften in Sowjetrußland“.

Ersklassige Herren - Anzüge fertig am Lager: **SCHULMEISTER** Berlin SO 26 :: Kottbuser Tor

Auf bequeme Teilzahlung
Für Herren: Anzüge / Hosen / Schlüpfer in besten Qualitäten, solideste Ausführung
Für Damen: Mäntel / Kostüme / Kleider Röcke und Jumper
Grebler Weinbergsweg 4
a. Rosenthaler Platz
Wochentags von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Expeditionen des Verlages - Gedruckt in Berlin G 2 Breite Straße 5-9

Verkäufe
3000 Knäuge Schläpfer, Polster, Gummimäntel, Golen, Damenmäntel usw. gelangen täglich billig zum Verkauf. Näher finden Sie das Richtige und lohnt sich der Weg. Holzbergstraße, Lehmanns Weg, Wagner Straße 47.

Wichtige Mitteilungen:
Durch alle Adressen wird gebittet, folgende Briefe zu senden: Briefe von 12-14, 15-17, 18-20, 21-23, 24-26, 27-29, 30-32, 33-35, 36-38, 39-41, 42-44, 45-47, 48-50, 51-53, 54-56, 57-59, 60-62, 63-65, 66-68, 69-71, 72-74, 75-77, 78-80, 81-83, 84-86, 87-89, 90-92, 93-95, 96-98, 99-101, 102-104, 105-107, 108-110, 111-113, 114-116, 117-119, 120-122, 123-125, 126-128, 129-131, 132-134, 135-137, 138-140, 141-143, 144-146, 147-149, 150-152, 153-155, 156-158, 159-161, 162-164, 165-167, 168-170, 171-173, 174-176, 177-179, 180-182, 183-185, 186-188, 189-191, 192-194, 195-197, 198-200, 201-203, 204-206, 207-209, 210-212, 213-215, 216-218, 219-221, 222-224, 225-227, 228-230, 231-233, 234-236, 237-239, 240-242, 243-245, 246-248, 249-251, 252-254, 255-257, 258-260, 261-263, 264-266, 267-269, 270-272, 273-275, 276-278, 279-281, 282-284, 285-287, 288-290, 291-293, 294-296, 297-299, 300-302, 303-305, 306-308, 309-311, 312-314, 315-317, 318-320, 321-323, 324-326, 327-329, 330-332, 333-335, 336-338, 339-341, 342-344, 345-347, 348-350, 351-353, 354-356, 357-359, 360-362, 363-365, 366-368, 369-371, 372-374, 375-377, 378-380, 381-383, 384-386, 387-389, 390-392, 393-395, 396-398, 399-401, 402-404, 405-407, 408-410, 411-413, 414-416, 417-419, 420-422, 423-425, 426-428, 429-431, 432-434, 435-437, 438-440, 441-443, 444-446, 447-449, 450-452, 453-455, 456-458, 459-461, 462-464, 465-467, 468-470, 471-473, 474-476, 477-479, 480-482, 483-485, 486-488, 489-491, 492-494, 495-497, 498-500, 501-503, 504-506, 507-509, 510-512, 513-515, 516-518, 519-521, 522-524, 525-527, 528-530, 531-533, 534-536, 537-539, 540-542, 543-545, 546-548, 549-551, 552-554, 555-557, 558-560, 561-563, 564-566, 567-569, 570-572, 573-575, 576-578, 579-581, 582-584, 585-587, 588-590, 591-593, 594-596, 597-599, 600-602, 603-605, 606-608, 609-611, 612-614, 615-617, 618-620, 621-623, 624-626, 627-629, 630-632, 633-635, 636-638, 639-641, 642-644, 645-647, 648-650, 651-653, 654-656, 657-659, 660-662, 663-665, 666-668, 669-671, 672-674, 675-677, 678-680, 681-683, 684-686, 687-689, 690-692, 693-695, 696-698, 699-701, 702-704, 705-707, 708-710, 711-713, 714-716, 717-719, 720-722, 723-725, 726-728, 729-731, 732-734, 735-737, 738-740, 741-743, 744-746, 747-749, 750-752, 753-755, 756-758, 759-761, 762-764, 765-767, 768-770, 771-773, 774-776, 777-779, 780-782, 783-785, 786-788, 789-791, 792-794, 795-797, 798-800, 801-803, 804-806, 807-809, 810-812, 813-815, 816-818, 819-821, 822-824, 825-827, 828-830, 831-833, 834-836, 837-839, 840-842, 843-845, 846-848, 849-851, 852-854, 855-857, 858-860, 861-863, 864-866, 867-869, 870-872, 873-875, 876-878, 879-881, 882-884, 885-887, 888-890, 891-893, 894-896, 897-899, 900-902, 903-905, 906-908, 909-911, 912-914, 915-917, 918-920, 921-923, 924-926, 927-929, 930-932, 933-935, 936-938, 939-941, 942-944, 945-947, 948-950, 951-953, 954-956, 957-959, 960-962, 963-965, 966-968, 969-971, 972-974, 975-977, 978-980, 981-983, 984-986, 987-989, 990-992, 993-995, 996-998, 999-1000.

Werbt für unser Blatt!